

Konjunktur am Scheideweg Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2011

Arbeitskreis Konjunktur¹

Auf einen Blick

Alles scheint gut. Die deutsche Wirtschaft wird das Jahr 2010 auf einem gegenüber 2009 deutlich erhohlenen Produktionsniveau beschließen. Die lebhaftere wirtschaftliche Entwicklung trotz allen Unkenrufen über die Unwirksamkeit von Konjunkturpaketen; sie weckt gleichfalls Zweifel an Positionen, wie die des Sachverständigenrats, der immer noch gravierende strukturelle Wachstumshindernisse aufgrund eines vermeintlich zu inflexiblen Arbeitsmarktes sieht. Tatsächlich hat sich die Wirtschaft in Deutschland vor allem deshalb so kräftig erholt, weil die frühere Bundesregierung und zahlreiche Regierungen im europäischen wie außereuropäischen Ausland und vor allem in Asien starke Konjunkturpakete aufgelegt haben (IMK 2009). Hinzu kam in Deutschland, dass es gelungen ist, den Arbeitsmarkt durch hohe interne Flexibilität im Hinblick auf die zu leistenden Arbeitsstunden und den hohen finanziellen Einsatz des Staates zur Förderung der Kurzarbeit zu stabilisieren (Herzog-Stein et al. 2010). Letzteres hat nicht nur dazu geführt, dass die Zahl der Beschäftigten trotz der Krise hoch blieb, sondern auch dazu, dass die Einkommen der privaten Haushalte im Unterschied zu vielen anderen Volkswirtschaften vergleichsweise stabil waren. Dadurch konnte der zu erwartende Einbruch des privaten Konsums vermieden werden. All dies zusammen zeigt, dass Deutschland den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit 1945 erfreulich gut gemeistert hat.

Die für dieses Jahr zu erwartende Wachstumsrate beträgt 3,7 % (Tabelle 1) und beflügelt die Hoffnung auf einen kräftigen Aufschwung. Die Hoffnung ist berechtigt, ist aber immer noch eine Hoffnung und keine Realität. Denn trotz des kräftigen Wachstums wurde

bislang das Produktionsniveau von vor der Krise noch nicht erreicht. Die Kapazitäten sind also bei weitem noch nicht so ausgelastet, wie dies in einem Aufschwung der Fall wäre. Das dämpft derzeit noch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.


Die entscheidende Frage im Hinblick auf die zu erwartenden konjunkturellen Tendenzen im Jahr 2011 lautet, ob es gelingt, die kräftige Erholung im Verlauf des kommenden Jahres in einen selbst tragenden Aufschwung münden zu lassen. Die Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern ist optimistisch. Die harten Daten für Produktion und Auftragseingänge zeigen in der Tendenz hingegen erste Anzeichen von Schwäche.

Tabelle 1

Eckdaten der Prognose für Deutschland				
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				
	2008	2009	2010	2011
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,7	2,5
Private Konsumausgaben	0,7	-0,2	0,5	1,5
Öffentliche Konsumausgaben	2,3	2,9	2,1	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	-10,1	6,9	3,8
Außenbeitrag ¹	-0,1	-2,9	1,0	0,5
Exporte	2,5	-14,3	15,0	7,4
Importe	3,3	-9,4	14,3	7,0
Erwerbstätige	1,4	0,0	0,5	0,8
Arbeitslosenquote ²	7,8	8,2	7,7	7,0
Lohnstückkosten	2,4	5,2	-0,9	0,6
Verbraucherpreise	2,6	0,4	1,1	1,3
Budgetsaldo ³	0,1	-3,0	-3,4	-2,3

¹ Wachstumsbeitrag: Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente.
² In % der Erwerbspersonen.
³ In % des Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: DESTATIS; EZB; ab 2010 Prognose des IMK.



¹ Gustav Horn, Peter Hohlfield, Fabian Lindner, Torsten Niechoj, Sabine Stephan, Simon Sturm, Silke Tober, Achim Truger und Rudolf Zwiener

Auch trübt sich das außenwirtschaftliche Umfeld ein, insbesondere im übrigen Euroraum. Dies spricht, trotz einer fortwährend expansiven Geldpolitik, gegen einen reibungslosen Übergang. Das Bild, das die konjunkturelle Lage derzeit bietet, ist von hoher Ambivalenz gekennzeichnet. Die Konjunktur steht an einem Scheidepunkt, von dem aus sie sowohl in Richtung eines durchaus kräftigen Aufschwungs marschieren als auch in Richtung eines japanischen Szenarios einer Dauerstagnation mit kurzzeitigen Rezessionen ableiten kann.

In welche Richtung es geht, hängt von zwei Faktoren ab: Zum einen, ob die Lohnsteigerungen und die Beschäftigungsausweitung im kommenden Jahr die Binnenkonjunktur in ausreichendem Maße stützen werden, die ansonsten durch das Auslaufen der Konjunkturprogramme und die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und der Länder belastet wird. Zum zweiten, wie die turbulenten Entwicklungen im Euroraum das Bild der Konjunktur prägen werden. Gelingt es, den Euroraum zu stabilisieren, ist auch mit spürbar positiven Effekten für die deutschen Exporte zu rechnen. Gelingt es nicht, wird die deutsche Ausfuhr leiden, die eine wichtige Säule der guten Konjunktur in Deutschland ist.

Das IMK geht davon aus, dass beide Voraussetzungen im kommenden Jahr nicht erfüllt werden. Die Löhne werden nur verhalten steigen; dies ist allein schon deshalb so, weil 2011 nur wenige Tarifverhandlungen anstehen, die zu breitflächigen Lohnsteigerungen führen könnten. Noch größere Sorgen bereiten die Turbulenzen im Euroraum. Die Debatten um Staatsbankrotte haben das Vertrauen der Märkte in die Stabilität des Euroraums erschüttert, und die Finanzierung der Staatschulden wird immer schwieriger. Die Anpassungsreaktion besteht in überaus harten Austeritätsprogrammen in den betroffenen Mitgliedstaaten. Diese werden die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum zunehmend belasten. Das trifft auch die Exporte aus Deutschland. Daher ist für Deutschland nach noch halbwegs kräftigem Start in das Jahr 2011 mit einer stetig nachlassenden konjunkturellen Dynamik zu rechnen. Das Wachstum dürfte im Jahresdurchschnitt zwar immer noch ansehnliche 2,5 % betragen; im Verlauf des Jahres 2011 aber auf 1,7 % zurückgehen. Der Blick auf 2012 verheißt nichts Gutes.

Weltwirtschaft verliert an Tempo

Treibende Kraft der Weltwirtschaft in diesem Jahr waren die ostasiatischen Schwellenländer, insbesondere China (Tabelle 2). Das Wachstum dort bewegt sich 2010 auf hohem Niveau und wird sich 2011 etwas

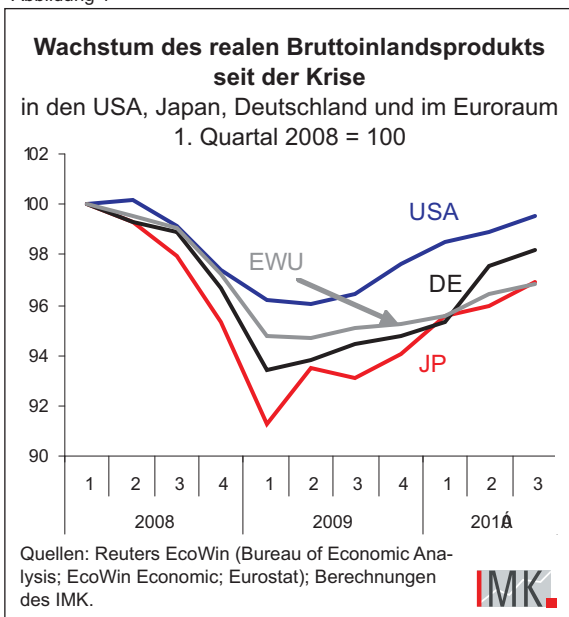
Tabelle 2

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts wichtiger Handelspartner				
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %				
	Exportanteil 2009 in %	Bruttoinlandsprodukt 2009 2010 2011		
Europa				
Euroraum	42,3	-4,1	1,6	1,1
MOE ¹	9,7	-3,1	2,5	2,8
Asien				
Japan	1,3	-5,2	3,4	1,5
China	4,5	9,1	10,0	8,9
weitere asiatische Länder ²	2,6	-0,9	7,4	4,4
USA	6,7	-2,6	2,8	2,4
Insgesamt	67,1	-2,8	2,7	2,1

¹ Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.
² Hong Kong, Singapur, Südkorea und Taiwan.
 Quellen: Nationale und internationale Statistiken; ab 2010 Prognose des IMK.

abschwächen. In China wird die Geldpolitik 2011 restriktiver ausfallen, um Inflation und dem Aufkommen von Immobilienblasen entgegenzuwirken. Die dämpfenden Effekte werden durch seitens des Staates angestoßene Investitionen nicht vollständig kompensiert. Japan hat sich nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 in diesem Jahr deutlich erholt, wird 2011 aber langsamer wachsen. Die Wachstumsraten werden mit 3,4 % 2010 merklich und mit 1,5 % 2011 etwas über denen des Euroraums liegen. Somit wird der Außenhandel mit Asien für Deutschland weiterhin einen wichtigen Wachstumsbeitrag leisten, wenngleich sich das

Abbildung 1



Wachstum 2011 gegenüber dem Vorjahr etwas abschwächen wird. In den USA ist die Wachstumsentwicklung verhaltener, aber die Vereinigten Staaten haben sich im Verlauf der Jahre 2009 und 2010 dem Vorkrisenniveau der Produktion wieder angenähert und werden es 2011 überschreiten (Abbildung 1).

Anders sieht die Situation in Europa aus. Innerhalb des Euroraums liegen die Wachstumsraten Deutschlands mit 3,7 % für 2010 und 2,5 % 2011 deutlich über denen des Euroraums insgesamt. Im Jahr 2010 wird das BIP im Euroraum um 1,6 % zunehmen, im kommenden Jahr nur noch um 1,1 %. Nach dem Rettungsprogramm für Griechenland und den Krediten an Irland im Rahmen des europäischen Rettungsschirms liegen auch bei mehreren anderen Ländern des Euroraums die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen hoch: In Portugal pendelten sie Anfang Dezember um 7 %, Spanien hat Ende November die Fünf-Prozent-Marke überschritten; insgesamt sind infolge der Garantien für Irland die Renditen aller Euroraumstaaten gestiegen – auch die Deutschlands (Abbildung 2). Die Sparprogramme in Griechenland und Irland dämpfen bereits jetzt die Entwicklung dort und werden auch 2011 deutlich restriktiv wirken. Auch das Vertrauen der Finanzmärkte in weitere Länder des Euroraums wie Portugal,

Belgien und Spanien ist belastet, was über steigende Zinskosten die Finanzierung dieser Staaten erschwert und zu verstärkten Konsolidierungsbemühungen in diesen Ländern führt, um die Märkte zu beruhigen. Dies und die ohnehin schleppende wirtschaftliche Entwicklung werden die Nachfrage nach deutschen Exportgütern merklich dämpfen.

Nur schwache Erholung in den USA

In den Vereinigten Staaten dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,8 % zunehmen, und damit deutlich stärker als im Euroraum. Die Rezession in den USA ist offiziell seit Juni 2009 überstanden (NBER 2010), allerdings entwickelt die Wirtschaft noch nicht genügend Dynamik, um das steigende Arbeitskräftepotenzial am Arbeitsmarkt zu absorbieren (Abbildung 3). Der private Konsum bleibt schwach angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, des geringen Einkommensanstiegs und der deutlich gestiegenen Sparquote. Die Bauinvestitionen sind weiterhin rückläufig und dämpfen den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes. Zwar erhielten die Wohnungsbauinvestitionen im 2. Quartal einen Schub durch das Auslaufen der Steuergutschriften für Käufer einer ersten Immobilie, allerdings mit der Folge eines deutlichen Einbruchs im 3. Quartal. Demgegenüber sind die Ausrüstungsinvesti-

Abbildung 2

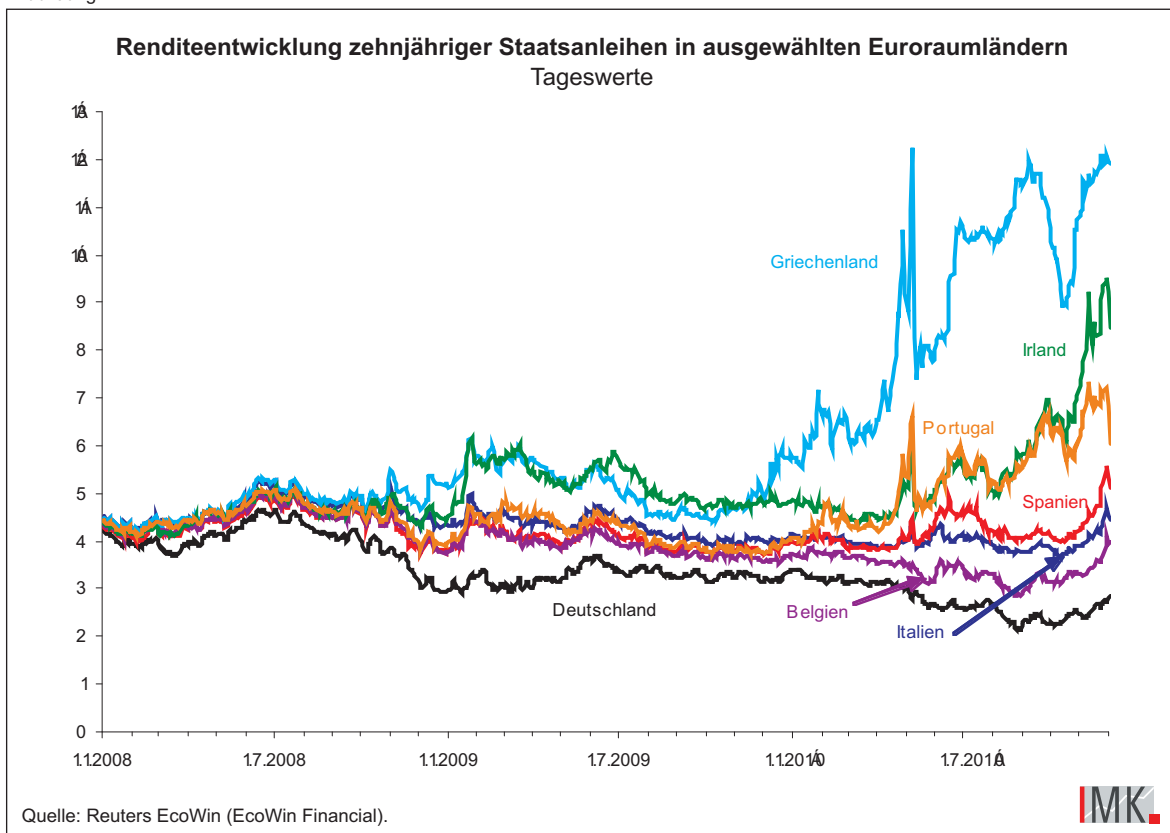
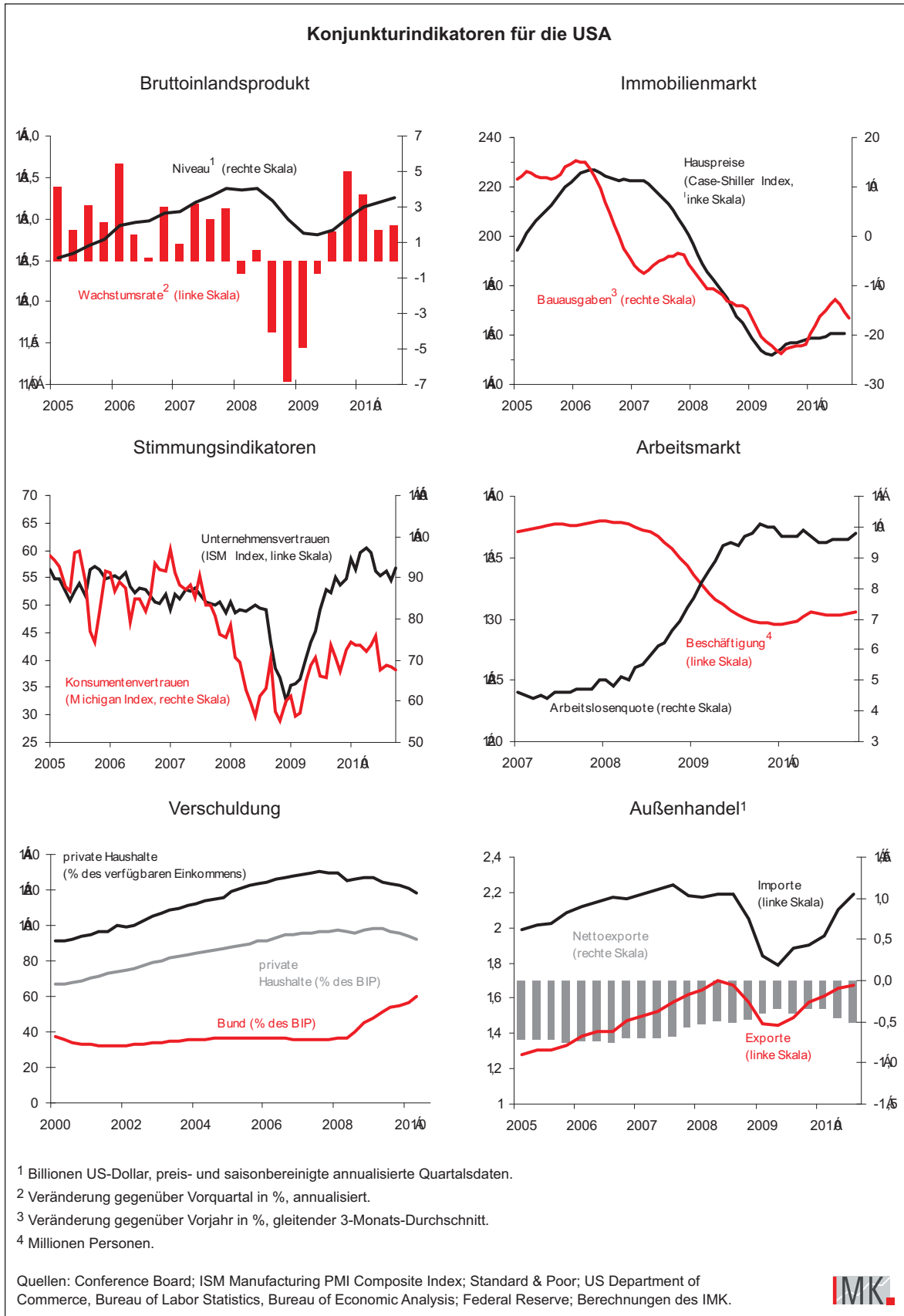


Abbildung 3



tionen infolge aufgeschobener Ersatzinvestitionen, niedriger Zinsen und einer hohen Profitabilität recht kräftig. Die Exporte schwächten sich im 2. und 3. Quartal merklich auf annualisierte Raten von 9,1 % bzw. 5 % ab, während die Importe gegenüber den Vorquartalen an Dynamik gewannen (33,5 % und 17,4 %). Das Leistungsbilanzdefizit, das 2009 2,9 % des BIP betrug, stieg im Verlauf dieses Jahres und betrug im 2. Quartal 2010 3,4 %.

Die Beschäftigung, die zwischen Anfang 2008 und Ende 2009 um 8,4 Mio. Personen abgenommen hatte, erhöhte sich mittlerweile zwar, aber nur um 951 000 Personen. Die Arbeitslosenquote liegt auf dem hohen Niveau von 9,8 % (November 2010); bei Berücksichtigung der stillen Reserve sind es gar 17 %. Angesichts der hohen Produktionslücke – der IMF schätzt diese für 2010 auf -4,9 % (IMF 2010, S. 191) – bewegt sich die Inflationsrate auf niedrigem Niveau; die Kernrate liegt mittlerweile nur noch bei 0,8 %.

Mit verschiedenen Konjunkturprogrammen und einer sehr expansiven Geldpolitik hat sich die Wirtschaftspolitik gegen die Krise gestemmt und die Wirtschaft aus der Rezession geführt. Der geldpolitische Leitzins liegt seit nunmehr zwei Jahren bei 0 bis 0,25 % und die Federal Reserve hat in großem Stil Wertpapiere gekauft, um die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen und die langfristigen Zinsen zu drücken. Anfang November beschloss sie angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und geringen Inflationsentwicklung die quantitative Lockerung zu verstärken, indem sie bis Mitte 2011 US-amerikanische Staatsanleihen im Wert von mindestens 600 Mrd. US-Dollar kauft.

Der positiven konjunkturellen Wirkung der Geldpolitik steht das Auslaufen der Konjunkturprogramme entgegen. Zudem sind die Bundesstaaten wegen der geringeren Steuereinnahmen zu starken Sparmaßnahmen gezwungen, da sie einen ausgeglichen Haushalt vorlegen müssen. Die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung, das geplante Infrastrukturprogramm und die jüngst beschlossene Verlängerung der Steuervergünstigungen können das nicht kompensieren.

Vor diesem Hintergrund ist für den Prognosezeitraum mit einer weiter nur verhaltenen konjunkturellen Dynamik zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2011 um 2,4 % zunehmen, nach 2,8 % in diesem Jahr. Bei dieser Wachstumsrate kommt es zwar zu einem Beschäftigungsanstieg, angesichts des Bevölkerungswachstums aber zu keiner nennenswerten Verringerung der Arbeitslosenquote. Getragen wird die Entwicklung in erster Linie durch den relativ stabilen Konsum. Die Schuldenquote der privaten Haushalte ist von den Höchstständen gesunken und die Sparquote

liegt aktuell bei 5,8 %, nach 6,2 % im Vorquartal und nur 2,1 % im Jahre 2007 und die Banken haben laut Senior Loan Officer Survey eine höhere Bereitschaft Konsumentenkredite zu vergeben. Auch die Kreditvergabe an Unternehmen scheint sich, gemessen an den Kreditvergabestandards, deutlich entspannt zu haben, was zusammen mit dem niedrigen Zinsniveau positiv auf die Investitionsdynamik wirken dürfte. Allerdings dürften die Bauinvestitionen erneut zurückgehen. Da sich die Wirtschaft bei den meisten Handelspartnern 2011 abschwächt, dürfte sich der Leistungsbilanzsaldo trotz der real effektiven Abwertung des US-Dollar um 3 % gegenüber November 2009 und um 4 % im bisherigen Jahresdurchschnitt gegenüber 2009 nur auf 3 % verbessern.

Krise des Euroraums überschattet Erholung

Seit Beginn der Krise Anfang 2008 hat sich die Konjunktur im Euroraum asymmetrisch entwickelt (Abbildung 4, Joebges et al. 2010). Bei der einen Gruppe von Ländern hat sich das BIP wieder dem Vorkrisenniveau angenähert und auch die Arbeitslosigkeit hat sich kaum erhöht bzw. im Falle Deutschlands sogar verringert. Eine andere Gruppe von Ländern hat sich nicht nur nicht von der Krise erholt, sondern ist in neue Schwierigkeiten geraten. Das Vertrauen, dass Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ihre im Zuge der Bankenrettungen und der Konjunkturstabilisierung stark erhöhte Staatsverschuldung unter Kontrolle bringen können, hat eine Reihe von Dämpfern erhalten. Indikatoren für das Unternehmens- und Konsumentenvertrauen zeigen zwar eine deutliche Erholung nach dem Tiefpunkt der Krise im Jahr 2009, aber sie spiegeln auch die asymmetrische Entwicklung in den Ländern des Euroraums wider (Abbildung 5).

Griechenland und Irland werden 2010 deutliche Einbußen beim BIP erleiden und ihr BIP wird auch 2011 schrumpfen. Die spanische Wirtschaft befindet sich auf einem stagnativen Kurs. Die Arbeitslosigkeit hat sich hier wie auch in Irland stark erhöht. Aufgrund der Krise, aber auch der vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2010 einsetzenden Sparmaßnahmen in Griechenland, Irland und Spanien, sind privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen eingebrochen. Solange diese Länder ihre Leistungsbilanzsalden nicht verbessern können, dürfte sich dieses Bild nicht entscheidend ändern.

Demgegenüber konnten einige Länder – vorrangig Deutschland, die Niederlande und Österreich – infolge ihrer hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit von der Nachfrage aus Asien profitieren. Der zuletzt hohe Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland wird sich nicht fortsetzen; die Entwicklung der deutschen Lohn-

Abbildung 4

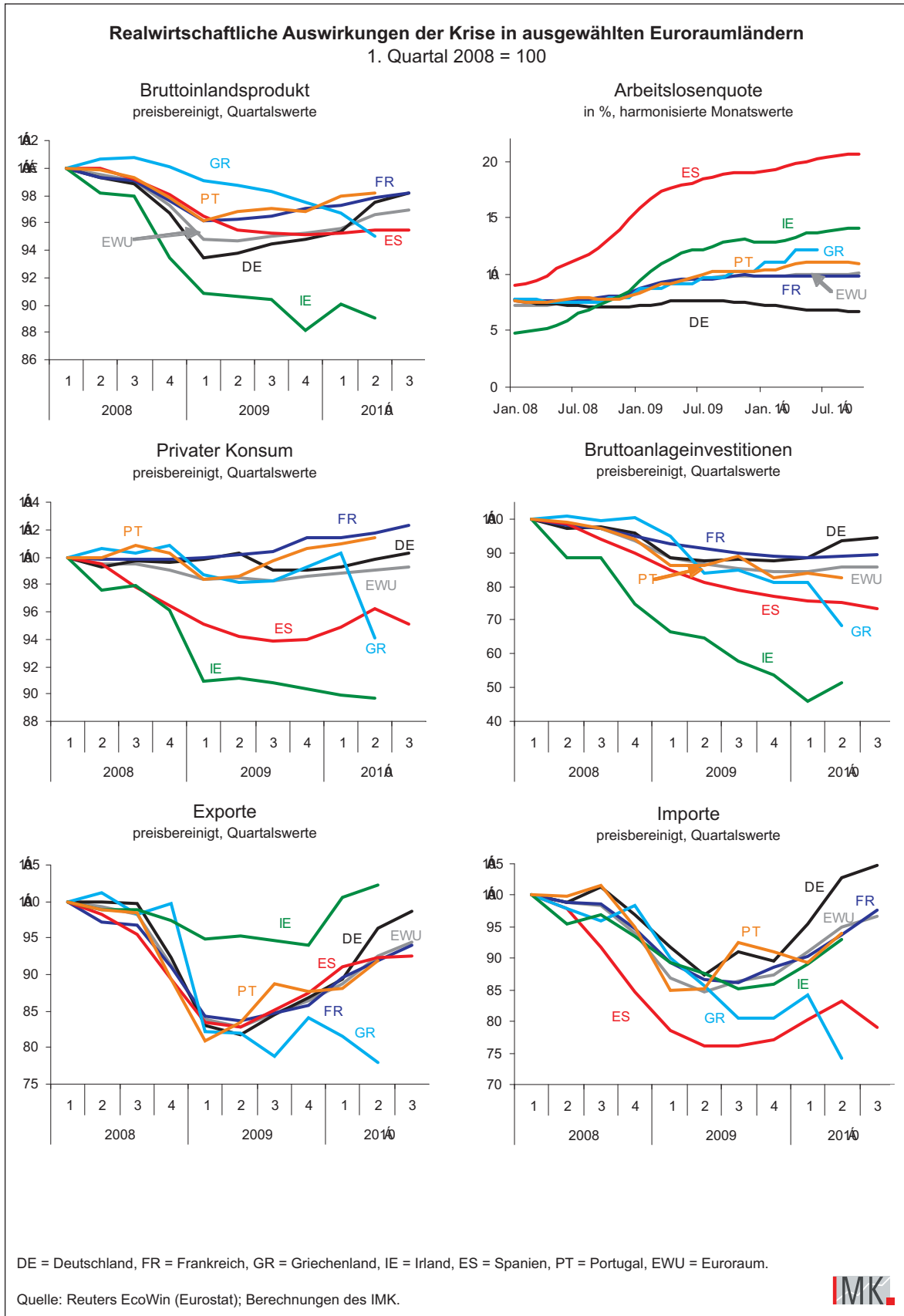
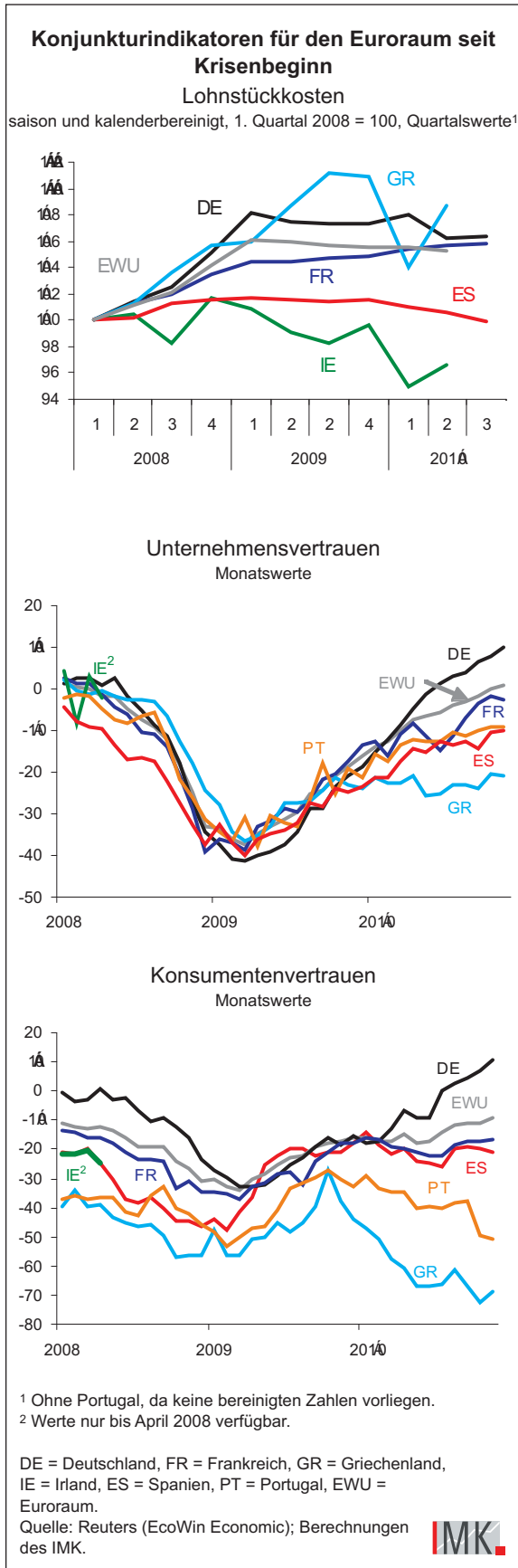


Abbildung 5



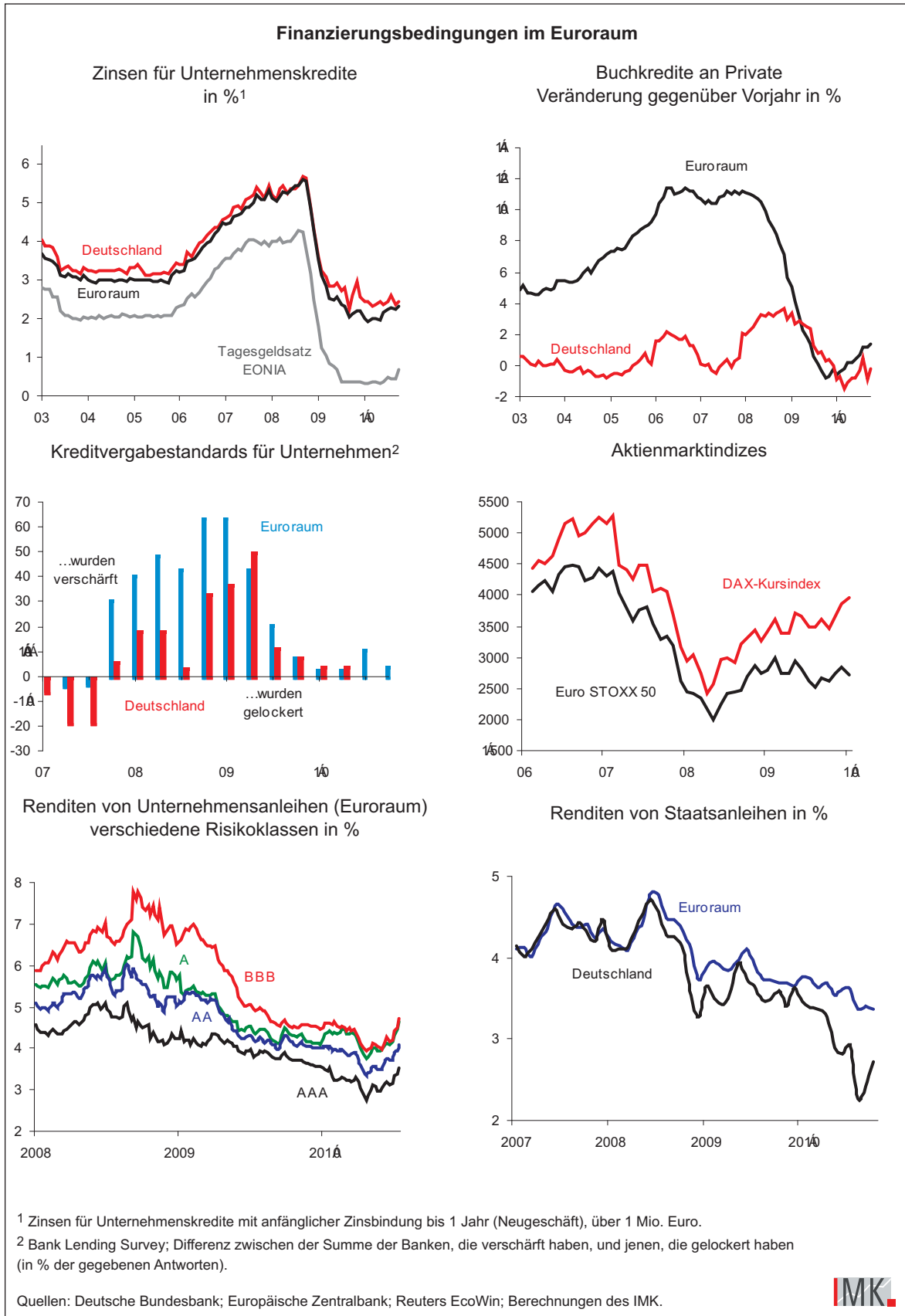
stückkosten ist infolge der internen Flexibilität, des Hortens von Arbeitskräften und der Kurzarbeit temporär überzeichnet (Abbildung 5). In Deutschland ist zudem die inländische Nachfrage sehr stabil geblieben, was auch anderen Ländern des Euroraums geholfen hat, die nach Deutschland exportieren konnten. Die zweite große Ökonomie neben Deutschland, Frankreich, ist zwar seit Mitte der Krise 2009 nicht in gleichem Maße gewachsen wie die deutsche, doch der krisenbedingte Einbruch war in Frankreich auch deutlich geringer als in Deutschland. Ursache ist die größere Binnenorientierung Frankreichs im Vergleich zum deutschen Nachbarn. Der private Konsum stieg seit der Krise überdurchschnittlich; die Exporte haben sich wie der Euroraumdurchschnitt entwickelt. In der Gesamtschau liegen seit Krisenbeginn 2008 beide Länder im dritten Quartal 2010 bezüglich der BIP-Entwicklung gleichauf.

Den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE) hat die Erholung der Weltkonjunktur geholfen aus der Krise zu finden. Besonders Polen, das in der globalen Krise keine Einbrüche zu verzeichnen hatte, zeichnet sich durch ein solides Wachstum aus. Da es seine Exporte nach Deutschland in den letzten Jahren deutlich steigern konnte, profitiert es jetzt von der guten Konjunktur in Deutschland. Auch wenn die Entwicklung in den einzelnen MOE-Staaten recht unterschiedlich verlaufen wird, werden sie als Gesamtheit positive Wachstumsraten von 2,5 % dieses und 2,8 % kommenden Jahr aufweisen.

Negativ auf die Wirtschaftsaussichten im Euroraum wirken der Wegfall von Konjunkturprogrammen und vor allem die anhaltende Eurokrise. Die Anpassungslasten einiger Länder im Euroraum, nicht nur Griechenlands und Irlands, sind enorm und werden im Verlauf des Jahres 2011 zu Konsolidierungsmaßnahmen führen, die das Wachstum dämpfen.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich im Euroraum insgesamt im Laufe von 2010 leicht verschlechtert, wobei es deutliche Unterschiede in der Entwicklung zwischen den Ländern gab (Abbildung 6). Im Euroraum-Durchschnitt sind die Kreditzinsen für Unternehmen leicht gestiegen; besonders kräftig in Griechenland (+ 2 Prozentpunkte), Irland (+ 0,7 Prozentpunkte) und Portugal (+ 0,5 Prozentpunkte), während sie in Deutschland und Finnland geringfügig gesunken sind. Die Renditen von Unternehmensanleihen, die seit ihrem Tiefstand von Ende August diesen Jahres über alle Risikoklassen hinweg merklich gestiegen sind, liegen etwa auf dem Niveau vom Jahresbeginn; im Falle höchster Bonität um 0,4 Prozentpunkte darunter. Dramatisch war der Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen einiger Länder, insbesondere Griechenlands und Irlands, der allerdings

Abbildung 6



von Unternehmensanleihen aus diesen Ländern überwiegend nicht nachvollzogen wurde.


Die Erholung an den Aktienmärkten hat sich nicht fortgesetzt; zwar lag der Euro STOXX 50 in den ersten elf Monaten des Jahres um 8 % über dem Niveau von 2009, aber Ende November notierte er 9 % schwächer als zu Jahresbeginn. Ebenfalls negativ wirkte sich aus, dass die Banken die Kreditvergabestandards im Euro-Raum in diesem Jahr weiter verschärften, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie in den beiden Jahren zuvor. Demgegenüber gab es in Deutschland eine leichte Lockerung, und auch der Aktienmarkt entwickelte sich deutlich besser: Der DAX lag in den ersten elf Monaten des Jahres um 21 % über dem Niveau von 2009 und notierte Ende November 13 % fester als zu Jahresbeginn.

Die Kreditentwicklung ist weiter schwach. Der Anstieg der Buchkredite an den privaten Sektor nahm im Oktober leicht auf 1,4 % gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei waren die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen wie im Monat zuvor mit -0,6 % rückläufig, während die Buchkredite an private Haushalte bei rückläufigen Konsumentenkrediten um 2,9 % zunahmen. Auch hier waren die Unterschiede zwischen den Ländern beträchtlich. Die Unternehmenskredite nahmen in Irland mit -14 % besonders kräftig ab. Rückgänge gab es auch in Belgien (-7 %), Deutschland (-1,5 %) und Spanien (-1,5 %). In Finnland (4,4 %), Griechenland (2,9 %), Portugal (1,7 %) und Italien (1,6 %) nahmen sie hingegen zu. Die Konsumentenkredite brachen in Irland (-14,4 %), Spanien (-8,6 %) und Griechenland (-3,3 %) ein, während sie in Italien (3,5 %) und Deutschland (2,9 %) deutlich zunahmen. Die Immobilienkredite waren nur in Irland rückläufig (-1,5 %); in den kleinen Ländern Zypern, Slowenien, Slowakei und Belgien nahmen sie mit zweistelligen Raten zu: in Italien mit 8 %, in Frankreich und Finnland mit 6,9 % und in Griechenland mit 3,6 %. In Deutschland und Spanien war die Entwicklung mit 0,6 % bzw. 0,8 % verhalten.

Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums insgesamt hat sich bisher in diesem Jahr gegenüber 2009 wie auch im bisherigen Jahresverlauf deutlich um 7,8 % bzw. 7 % verbessert. Vor allem wegen der Abwertung des Euro konnten alle Länder des Euroraums ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Gesamtheit ihrer Handelspartner verbessern. Am ausgeprägtesten war die Verbesserung im Jahre 2010 gegenüber 2009 in Irland

Tabelle 3

Rahmendaten der Prognose			
Jahresdurchschnittswerte			
	2009	2010	2011
Dreimonats-Euribor (%)	1,2	0,8	1,1
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen EWU-12 (%)	3,9	3,6	3,5
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	3,3	3,2	2,9
Wechselkurs (USD/EUR)	1,39	1,33	1,35
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 41 Ländern) ¹	108,0	99,7	99,7
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ¹	98,0	93,1	92,6
Tarifindex (Bundesbank, je Stunde) (% , Vj.)	2,3	1,7	1,8
Ölpreis (Brent, USD)	61	79	80

¹ Sinkende Werte des jeweiligen Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.
 Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; U.S. Energy Information Administration (EIA); Federal Reserve;
 Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK. 

(7,4 %), gefolgt von Deutschland (5 %), Finnland (4,9 %) und den Niederlanden (4,8 %).² Für Griechenland fiel die Verbesserung mit knapp 1 % sehr gering aus. Da hier die Inflationsrate mit zuletzt 5,1 % (Oktober) zwar hoch war, aber auch durch die starke Mehrwertsteuererhöhung beeinflusst ist, die keinen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat, dürfte die Verbesserung tatsächlich höher ausgefallen sein.

Die Finanzierungsbedingungen dürften sich im Prognosezeitraum nur wenig ändern. Angesichts der noch schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und der sich im kommenden Jahr weiter öffnenden Produktionslücke wird die EZB die Leitzinsen nicht anheben, sondern unverändert lassen und auf eine weitere Rückführung der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen verzichten. Der Außenwert des Euro dürfte 2011 gegenüber dem US-Dollar mit 1,35 wie auch real effektiv etwa auf dem Niveau von 2010 liegen. Der Preis für Rohöl (US-Dollar, Brent) dürfte von dem hohen Niveau im 4. Quartal 2010 etwas sinken und im Jahresdurchschnitt 2011 mit 80 US-Dollar nur leicht über dem Vorjahreswert liegen (Tabelle 3).

Insgesamt sind die Aussichten für den Euroraum nicht günstig. Das BIP des Euroraums ohne Deutsch-

² Der Harmonisierte Wettbewerbsindikator spiegelt im Falle des Euroraums den real effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber 41 Handelspartnerwährungen wider; im Falle der einzelnen Euroländer die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber diesen 41 Ländern und den übrigen Euroraumländern.

land erhöht sich 2010 um 1,0 %, im kommenden Jahr nur noch um 0,6 %. Die Konsolidierungsprogramme einiger Länder dämpfen insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2010 die wirtschaftliche Entwicklung. Auch 2011 werden Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ihre Sparanstrengungen weiterführen, was nachlaufend das Wachstum schwächt. Die Wirtschaft der Krisenländer wird 2011 schrumpfen. In Griechenland wird es ein Negativwachstum von -3,4 %, in Irland von -1,1 %, in Portugal von -1,3 % und in Spanien von -0,2 % geben.

Die relativ guten Aussichten in Deutschland können dies nicht kompensieren. Mehr noch, wenn in Deutschland weiterhin auf hohe Exportüberschüsse gesetzt würde, wäre es den Euroraumländern mit Leistungsbilanzdefiziten nahezu unmöglich, die Lasten der Sparprogramme über Exporte zu kompensieren und die Krise zu überwinden. Das hat Folgen auch für Deutschland. Das Wachstum in Deutschland wird 2010 und 2011 zwar über demjenigen des Euroraums als Ganzem liegen, die deutsche Wirtschaft wird aber unter dem Nachfrageausfall aus Europa zu leiden haben und damit ihrerseits 2011 mehr an Dynamik verlieren, als es ohne die Euroraumturbulenzen der Fall wäre.

Deutsche Konjunktur: Aufschwung oder Rückfall?

Mit guten Gründen lassen sich derzeit zwei Pfade für die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr beschreiben. Beide Pfade starten mit spürbarer konjunktureller Dynamik ähnlich ins kommende Jahr, so dass sich an der durchschnittlichen Jahreswachstumsrate kaum Unterschiede ablesen lassen werden. Denn der Jahresbeginn geht mit hohem Gewicht in die ganzjährige Rechnung ein. Der wesentliche Unterschied zeigt sich erst etwa ab der Jahresmitte. Während sich auf dem Pfad zum Aufschwung eine merklich beschleunigte Dynamik zeigen müsste, würde sie auf dem Pfad in den Abschwung merklich nachlassen. Was spricht nun für die eine und was für die andere Sichtweise?

Für den Weg in einen Aufschwung spricht, dass sich die Konjunktur in Deutschland in diesem Jahr kräftig erholt und einen Großteil der Produktionsverluste, die durch die Krise entstanden sind, aufgeholt hat. Die monetären Rahmenbedingungen sind weiterhin sehr günstig und auch die Finanzpolitik in Deutschland steht trotz Auslaufens der Konjunkturprogramme und der Anwendung der Schuldenbremse einem Aufschwung nicht entgegen. Wesentlich für das Zustandekommen eines Aufschwungs ist die binnenwirtschaftliche Dynamik.

Eine zentrale Rolle spielen dabei veränderte Trends auf dem Arbeitsmarkt. Schon die Krise war von einer gemessen an der Tiefe des Produktionseinbruchs sensationell guten Arbeitsmarktentwicklung begleitet worden. So hat sich die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit kaum spürbar erhöht. Seit Beginn der Erholung ist sie sogar rückläufig. Ursächlich hierfür sind neben der kräftigen konjunkturellen Dynamik auch demographische Trends. Die Abnahme des Arbeitsangebots durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Erwerbsleben und der relativ geringe Zustrom an jungen Arbeitskräften führt allmählich zu veränderten Knappheitsrelationen zugunsten der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt.

Dies könnte sich positiv auf die Lohnzuwächse auswirken. Steigen die Löhne vor diesem Hintergrund deutlich an, dürften sich mit der kräftigen Konjunktur auch spürbare reale Einkommenszuwächse ergeben. Das würde sich positiv auf den Konsum sowie in der Folge auf die inländischen Investitionen auswirken und der Konjunktur weiteren Schub verleihen. Der Aufschwung nähme, getragen von hoher binnenwirtschaftlicher Dynamik, seinen Lauf.

All dies wäre unter normalen Umständen eine Vorhersage mit hohem Wahrscheinlichkeitsgehalt. Aber die Umstände sind nicht normal. Und dies gilt in zweifacher Hinsicht. Das erste Hindernis, das es zu berücksichtigen gilt, ist die Lohnbildung. Sie ist im vergangenen Jahrzehnt im Zuge zahlreicher Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt aus den Fugen geraten. Unter dem Druck von geringfügiger Beschäftigung, Hartz IV-Aufstockern, Leiharbeit und Tarifflicht sind die Lohnsteigerungen in den vergangenen Jahren, selbst im Aufschwung von 2005-2008, zum Teil deutlich hinter dem Verteilungsspielraum zurückgeblieben, der sich aus dem mittelfristigen Produktivitätstrend und der Zielinflationsrate ergibt. Entsprechend schwach war der Einkommenszuwachs und folglich auch der Konsum. Da alle diese Gründe noch wirksam sind, ist nicht zu erwarten, dass trotz der guten Konjunktur und den sich verändernden demographischen Gegebenheiten im Jahr 2011 eine plötzliche Trendwende zu marktgerechten Lohnsteigerungen einsetzt. Dies ist ein allmählicher Anpassungsprozess, der nicht zuletzt erst über die Korrektur zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zum Tragen kommen kann. Diese Tendenz mag zwar in etwas höheren Lohnzuwächsen in 2011 bereits aufscheinen; diese werden jedoch nicht ausreichen, um den Konsum nachhaltig zu kräftigen.

Das zweite Hindernis für einen Aufschwung sind die europäischen Turbulenzen und der Kurs der Finanzpolitik in den Euroländern. Die vergangenen Wo-

chen zeigten extrem beunruhigende Tendenzen. Die starke Verunsicherung auf den Finanzmärkten, die sich in markanten Zinsaufschlägen ausdrückt, und die immer wieder vergebliche Reaktion der Finanzpolitik, in den betroffenen Ländern mit immer härteren Sparprogrammen die Märkte zu beruhigen, trüben das konjunkturelle Klima im Euroraum merklich ein. Der Euroraum ist trotz des gewaltigen Bedeutungszuwachses von China als Handelspartner immer noch der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für Produkte aus Deutschland. Eine Stagnation hier belastet die Exporte aus Deutschland erheblich.

Aus diesen Gründen erscheint der reibungslose Übergang der kräftigen Erholung in einen selbsttragenden Aufschwung im kommenden Jahr eher unwahrscheinlich. Im Gegenteil, die Turbulenzen im Euroraum und die immer restriktiver werdende Finanzpolitik sprechen dafür, dass sich das Tempo der Konjunktur im späteren Verlauf von 2011 spürbar verlangsamt. Für 2012 kann ein Abschwung oder gar eine Rezession nicht ausgeschlossen werden.

Außenhandel: Furiose Aufholjagd zu Ende

Das Jahr 2010 stand im Zeichen einer beispiellosen Erholung des deutschen Außenhandels. Nur knapp zwei Jahre nach der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erreichten Exporte und Importe neue Höchststände. Getragen wurde der Exportboom 2010 von den deutschen Ausfuhren in den asiatischen Raum, insbesondere nach China, die zu Jahresfrist ihr Vorkrisenniveau wertmäßig um über 30 % bzw. um mehr als 70 % übertreffen. Deutlich langsamer erholte sich der Warenverkehr mit den Ländern der Europäischen Union sowie mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Trotz kräftiger Zuwächse in diesem Jahr haben deutsche Exporteure ihre krisenbedingten Absatzeinbußen in diesen Regionen noch nicht wieder vollständig aufgeholt (Stephan/Redle 2010) (Abbildung 7).

Im Jahr 2011 wird sich das deutsche Exportwachstum aufgrund schlechterer Rahmenbedingungen deutlich abschwächen. So werden immer härtere Sparprogramme in einer steigenden Anzahl von EU-Ländern die Nachfrage aus der Europäischen Union – Deutschlands wichtigstem Handelspartner – stark belasten. Des Weiteren dürften die Zuwächse im Warenverkehr mit den USA unter den für die Prognose getroffenen Annahmen, dass der Wechselkurs bei 1,35 US-Dollar je Euro liegt und die amerikanische Wirtschaft nur verhalten expandiert, gering ausfallen. Rückenwind bekommen die deutschen Exporte im kommenden Jahr von der nach wie vor kräftigen Nachfrage aus dem asiatischen Raum. Gleichwohl werden

sich die exorbitanten Wachstumsraten des abgelaufenen Jahres nicht wiederholen lassen, zumal einige asiatische Länder bereits wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen haben, um die Gefahr einer Überhitzung ihrer Volkswirtschaften abzuwenden. Alles in allem werden die deutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2011 preisbereinigt um 7,4 % steigen, nach einer Zunahme um 15 % im Jahr zuvor.

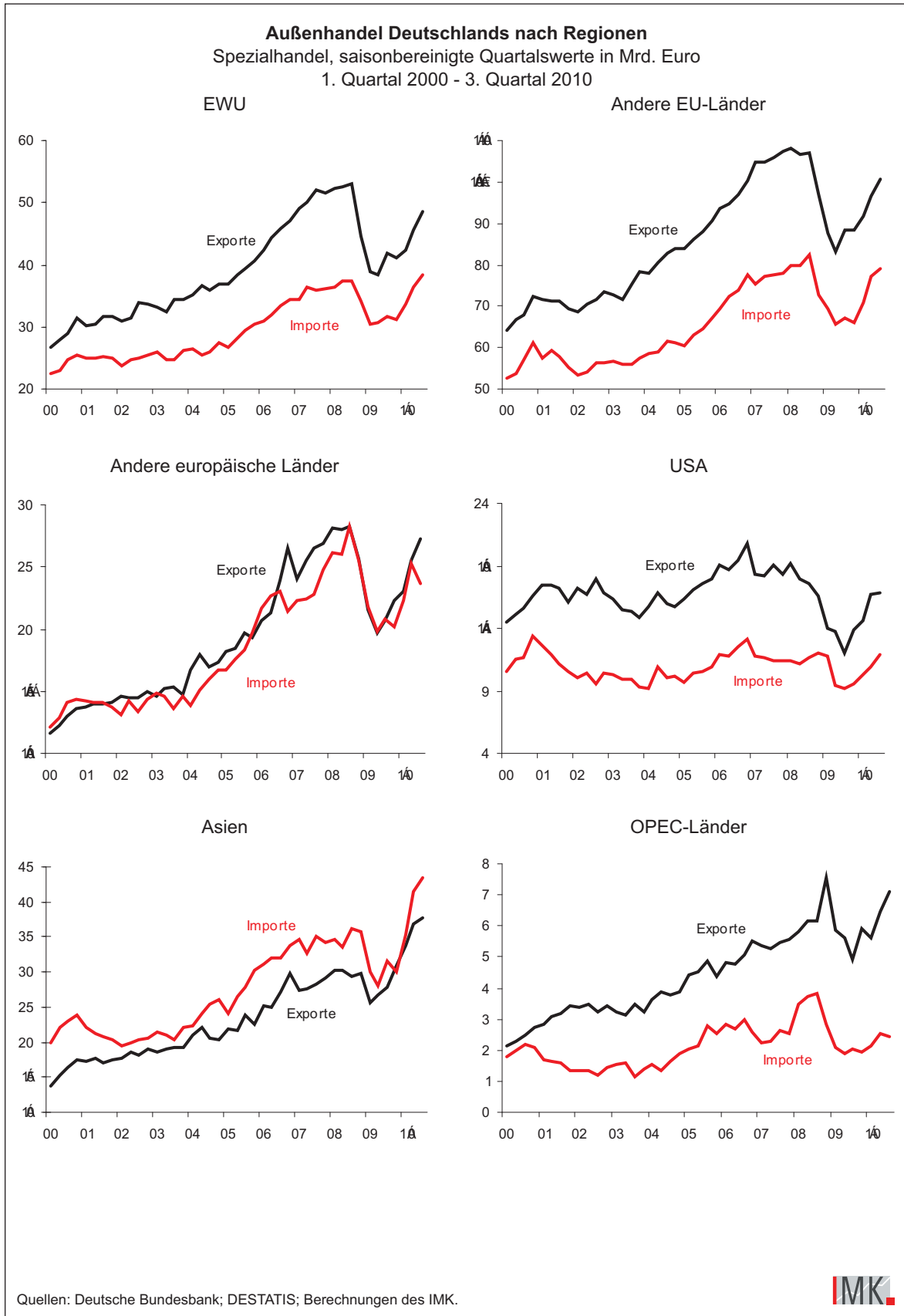
Im Jahr 2010 expandierten auch die Importe außerordentlich stark. Maßgeblich hierfür war der kräftige Lageraufbau zu Jahresbeginn, gefolgt vom rasanten Anstieg der Exporte sowie der spürbaren Ausweitung der inländischen Ausrüstungsinvestitionen. Im Verlauf des kommenden Jahres wird sich das Expansions-tempo der Einfuhren im Einklang mit der nachlassenden Exportdynamik und einer schwächeren Investitionstätigkeit im Inland deutlich verlangsamen und im Jahresdurchschnitt nur noch bei 7 % liegen. Der Zuwachs in diesem Jahr beträgt noch 14,3 %.

Die Einfuhrpreise haben im Verlauf dieses Jahres kräftig angezogen. Dieser Anstieg ist auf stark gestiegene Preise für Energieträger, Rohstoffe, Metalle und Nahrungsmittel in Kombination mit der Abwertung des Euro im Sommerhalbjahr 2010 zurückzuführen. Für den Prognosezeitraum werden ein konstanter Wechselkurs von 1,35 US-Dollar je Euro und ein Rohölpreis von 80 Dollar pro Barrel unterstellt. Vor dem Hintergrund einer deutlich nachlassenden Weltkonjunktur dürfte sich auch der Preisauftrieb bei den Rohstoffen und den Metallen merklich beruhigen, so dass der Importdeflator im Jahr 2011 nur um 1,7 % steigen wird, nachdem sein Zuwachs in diesem Jahr noch bei 5 % liegt. Im Gegensatz zu den Einfuhrpreisen steigen die Ausfuhrpreise im Jahr 2010 nur um gut 2 ½ %. Angesichts der stark nachlassenden Exportdynamik und der Annahme konstanter Wechselkurse im Prognosezeitraum dürften die Preiserhöhungsspielräume für deutsche Exporteure im Prognosezeitraum sehr begrenzt sein. Deshalb wird für das Jahr 2011 mit einer Erhöhung des Exportdeflators von knapp 1 ½ % gerechnet. Nach der starken Verschlechterung der Terms of Trade im Jahr 2010 werden sie 2011 annähernd konstant bleiben.

Gedrosseltes Tempo bei den Ausrüstungsinvestitionen

Nachdem die Ausrüstungsinvestitionen während der Rezession um nahezu ein Viertel eingebrochen sind, erholen sie sich seit Jahresbeginn spürbar. Im Jahresverlauf stiegen sie um 17,2 %, im Jahresdurchschnitt 2010 wurden sie um 10,2 % ausgeweitet. Sowohl die Auslands- als auch die Binnennachfrage haben gleichermaßen hierzu beigetragen. Dennoch liegen sie

Abbildung 7



immer noch um gut 11 % unter dem Niveau vor Ausbruch der Krise (Abbildung 8). Eine Fortsetzung der kräftigen Erholung im nächsten Jahr ist nicht zu erwarten. So dürften die bis Ende 2010 befristeten, günstigeren Abschreibungsbedingungen Anfang des kommenden Jahres einen Echoeffekt auslösen: Während die Investitionen Ende dieses Jahres noch kräftig zunehmen, folgt zu Beginn des kommenden Jahres ein leichter Rückgang. Darauf deuten die zuletzt verhaltenen Geschäftserwartungen der Produzenten für Investitionsgüter hin, wengleich sich der Ifo-Indikator noch auf einem recht hohen Niveau befindet. Die Auftragseingänge für Investitionsgüter sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland stagnieren in der Tendenz. Im weiteren Jahresverlauf verschlechtern sich die Absatzaussichten, da die Weltkonjunktur an Dynamik einbüßen wird. Außerdem ist das Auslastungsniveau der Produktionskapazitäten, trotz der kräftigen Steigerung in diesem Jahr, weiterhin noch deutlich unter dem Niveau des letzten Aufschwungs. Das Erweiterungsmotiv dürfte für den Prognosezeitraum allenfalls von geringer Bedeutung sein.

Positive Impulse gehen von der weiterhin recht günstigen Gewinnsituation der Unternehmen aus. Die Lohnstückkosten, die in diesem Jahr rückläufig gewesen sind, werden im Prognosezeitraum nur wenig zunehmen. Außerdem haben sich die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen etwas verbessert, die Kreditvergabestandards der Banken haben sich gelockert. Alles in allem dürfte angesichts dieser Entwicklungen die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2011 spürbar geringer ausfallen. Im Jahresverlauf werden sie nur noch um 2,4 % expandieren. Aufgrund des hohen statistischen Überhangs wird die Jahresdurchschnittsrate allerdings noch 6,1 % betragen. Zum Ende des Prognosezeitraums wird das dann erreichte Niveau immer noch rund 9 % unter dem Vorkrisenniveau liegen (Abbildung 8, Abbildung 9, Tabelle 4).

Geringe Zunahme der Bauinvestitionen

Die Bauinvestitionen insgesamt expandierten im Verlauf dieses Jahres mit 6,2 % verhältnismäßig dynamisch; im Jahresdurchschnitt stiegen sie um 4,2 %. Nach einem aufgrund der schlechten Witterung relativ ungünstigen Jahresauftakt kam es im weiteren Verlauf zu einer deutlichen Belebung. Maßgeblich dazu beigetragen haben die zahlreichen Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen. Hinzu kam im zweiten Quartal ein Nachholeffekt infolge der Produktionsausfälle während der Wintermonate. Zum Jahresende dürfte das Vorkrisenniveau erreicht worden sein (Abbildung 8). Die Teilbereiche entwickelten sich dabei recht unterschiedlich.

Abbildung 8

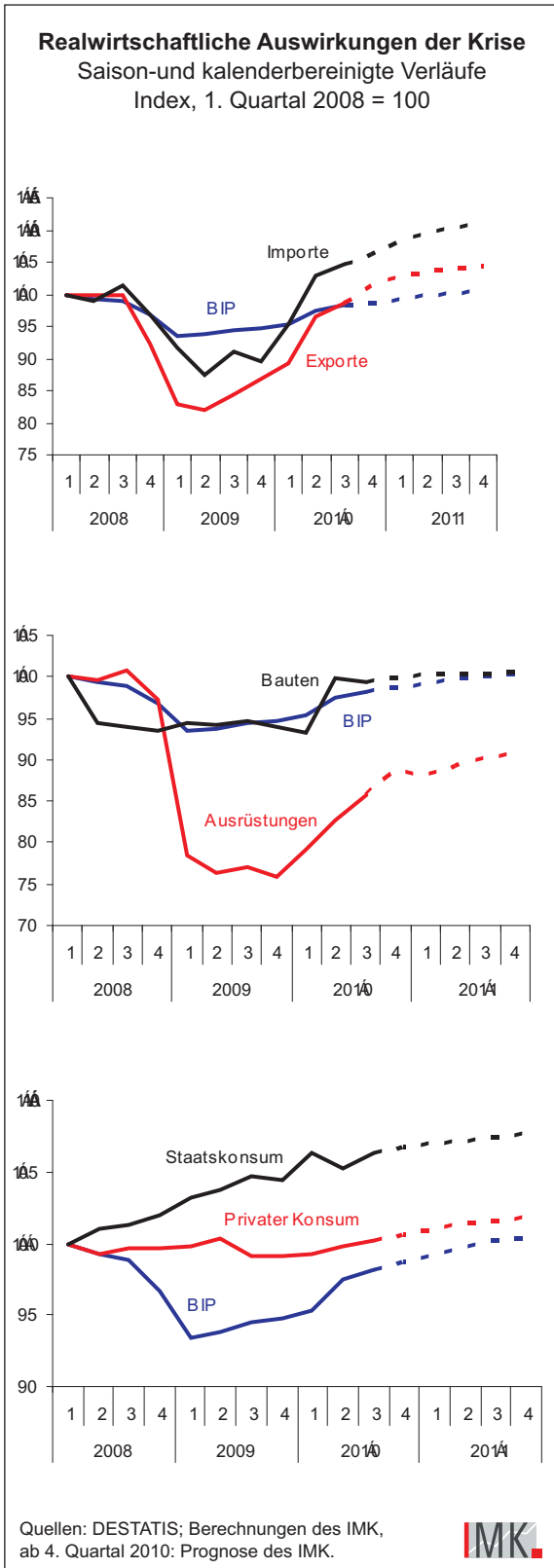


Abbildung 9

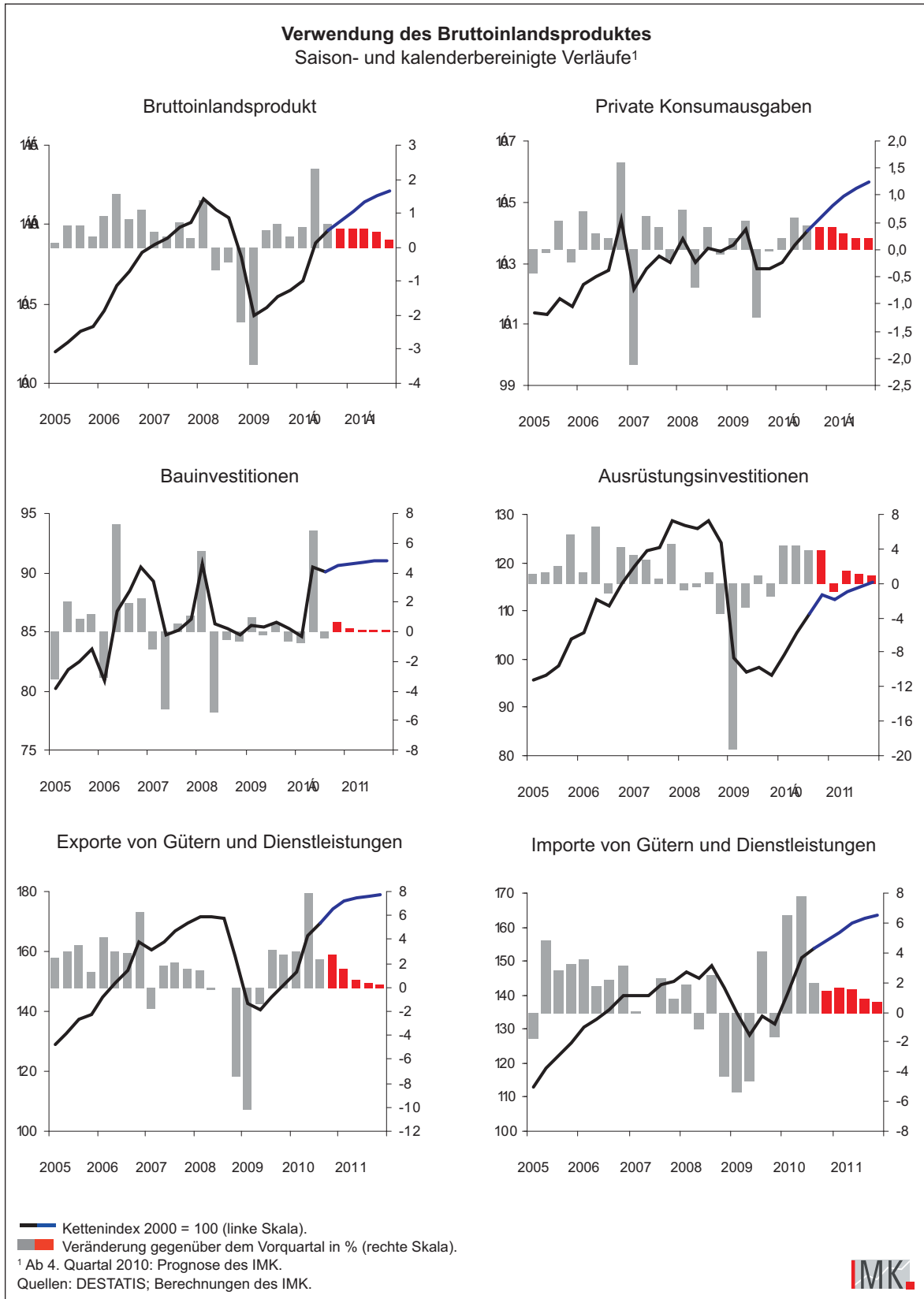


Tabelle 4

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
	2008	2009	2010	2011
Verwendung¹				
Konsumausgaben	1,1	0,5	0,9	1,4
Private Haushalte ²	0,7	-0,2	0,5	1,5
Staat	2,3	2,9	2,1	1,1
Anlageinvestitionen	2,5	-10,1	6,9	3,8
Ausrüstungen	3,5	-22,6	10,2	6,0
Bauten	1,2	-1,5	4,2	2,0
Sonstige	6,5	5,6	6,4	4,2
Exporte	2,5	-14,3	15,0	7,4
Importe	3,3	-9,4	14,3	7,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,7	2,5
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	0,6	1,2
Konsumausgaben ²	1,7	0,1	1,8	1,3
Importe	1,8	-6,8	5,0	1,7
Nachrichtlich: Verbraucherpreise	2,6	0,4	1,1	1,3
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	3,6	0,2	2,7	3,1
Gewinne ³	-1,4	-12,6	14,8	6,9
Volkseinkommen	1,8	-4,2	6,9	4,4
Nachrichtlich:				
Tariflöhne (Stundenbasis)	2,8	2,3	1,7	1,8
Effektivverdienste (Stundenbasis)	2,4	2,9	0,1	1,6
Lohndrift	-0,4	0,7	-1,6	-0,2
Bruttolöhne- und -gehälter	3,9	-0,2	2,8	3,0
Bruttolöhne- und -gehälter je Beschäftigten	2,2	-0,2	2,3	2,2
Entstehung				
Erwerbstätige	1,4	0,0	0,5	0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,2	-2,5	2,2	0,4
Arbeitsvolumen	1,2	-2,6	2,7	1,2
Produktivität (je Stunde)	-0,2	-2,2	1,0	1,2
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,0	-4,7	3,7	2,5
Nachrichtlich:				
Erwerbslose, ⁴ in 1000	3 141	3 227	2 976	2 682
Erwerbslosenquote, in %	7,2	7,4	6,8	6,2
Arbeitslose, ⁵ in 1000	3 268	3 423	3 240	2 963
Arbeitslosenquote, ⁶ in %	7,8	8,2	7,7	7,0
Lohnstückkosten	2,4	5,2	-0,9	0,6
Budgetsaldo, in % des BIP	0,1	-3,0	-3,4	-2,3
<p>¹ Preisbereinigt.</p> <p>² Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.</p> <p>³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen.</p> <p>⁴ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).</p> <p>⁵ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.</p> <p>⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen.</p> <p>Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK; ab 2010 Prognose des IMK.</p>				

Die Wohnungsbauinvestitionen sind im Jahresverlauf kräftig gestiegen. Nicht zuletzt das niedrige Zinsniveau für Hypotheken dürfte einen positiven Impuls gegeben haben. Insbesondere das durch das Konjunkturprogramm II begünstigte Ausbaugewerbe hat hiervon profitiert. Die Auftragseingänge haben seit der Jahresmitte deutlich angezogen. Im Prognosezeitraum werden die privaten Haushalte bei der sich weiter besernden Situation des Arbeitsmarktes und einem weiterhin niedrigen Zinsniveau verstärkt Wohnungseigentum erwerben. Dämpfend hingegen dürften sich die Kürzungen der KfW-Programme zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden auswirken. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen 2011 nochmals spürbar zunehmen.

Der Wirtschaftsbau hat sich im Verlauf des Jahres 2010 erholt, wenngleich deutlich verhaltener als die Ausrüstungsinvestitionen, mit denen üblicherweise ein hoher Gleichlauf besteht. Aufgrund noch relativ niedriger Kapazitätsauslastungen sind jedoch nur im geringen Maß Erweiterungsinvestitionen getätigt worden. Der zuletzt rückläufige Auftragseingang und die geringere Anzahl der Genehmigungen im gewerblichen Bau deuten auf eine Abschwächung der Expansion im Wirtschaftsbau hin. Außerdem dürften auch weiterhin die gesamtwirtschaftlich unterausgelasteten Kapazitäten belasten. Stützend hingegen wirken die verbesserten Finanzierungsbedingungen. Im Prognosezeitraum wird es beim Wirtschaftsbau nur zu einer geringfügigen Zunahme kommen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind 2010 im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet worden. Der Anstieg betrug real und saisonbereinigt 5 %, im Jahresdurchschnitt sogar 6,2 %. Das erste Quartal war witterungsbedingt rückläufig. Im Laufe des Jahres haben verstärkt spürbare Impulse von den Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen ihre Wirkung entfaltet. Im Prognosezeitraum dürften mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme die öffentlichen Bauinvestitionen rückläufig sein. Auch sind keine nennenswerten Impulse von den Kommunen zu erwarten, deren Finanzlage sich zwar etwas bessert, aber nach wie vor angespannt bleibt.

Insgesamt steigen die Bauinvestitionen 2011 im Jahresdurchschnitt um 2 %, im Jahresverlauf allerdings nur noch um 0,5 % (Abbildung 8, Abbildung 9, Tabelle 4).

Privater Konsum weiter auf Erholungskurs

Die privaten Konsumausgaben stiegen im Jahresverlauf 2010 mit 1,6 % ungewohnt kräftig. Zum Jahresende lagen sie damit etwas über dem Vorkrisenniveau (Abbildung 8). Im Jahresdurchschnitt betrug die Zu-

nahme allerdings nur 0,5 %, da das Ausgangsniveau zu Jahresbeginn niedrig war (statistischer Unterhang). Die verfügbaren Einkommen stiegen, nach einem Rückgang im Jahr 2009, um 2,7 % kräftig, wobei sowohl die Nettolöhne- und -gehälter als auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen deutlich zulegten. Allerdings wurde der Zuwachs der verfügbaren Einkommen aufgrund des außergewöhnlich starken Anstiegs des Deflators der privaten Konsumausgaben real geschmälert. Gleichzeitig nahm die Sparneigung zu. Die Sparquote stieg um 0,2 Prozentpunkte auf 11,3 %.

Im Jahr 2011 werden die Tariflöhne mit 1,8 % in etwa gleichem Umfang zunehmen wie in diesem Jahr, die Effektivlöhne wegen der positiven Lohndrift etwas stärker (Tabelle 4). Da die Beschäftigung deutlich zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter um 3 % höher ausfallen. Die Zunahme der Nettolöhne und -gehälter dürfte infolge der höheren Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge etwas niedriger ausfallen. Die Beitragssätze zur Arbeitslosen- und zur gesetzlichen Krankenversicherung werden um 0,2 bzw. 0,6 Prozentpunkte erhöht.

Die monetären Sozialleistungen werden nahezu stagnieren. Zwar steigen die gesetzlichen Rentenbezüge aufgrund der Lohn- und Gehaltsentwicklung in diesem Jahr trotz der Abzüge wegen der Rentengarantie an, aber die Leistungen für das Arbeitslosengeld sinken infolge abnehmender Arbeitslosenzahlen.

Die Entnahmen aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften kräftig steigen. Nach Berücksichtigung des Preisanstiegs werden die verfügbaren Einkommen 2011 real um 1,5 % zunehmen. Die Sparquote wird nahezu konstant bleiben. Einerseits wird das Vorsichtsmotiv aufgrund der höheren Arbeitsplatzsicherheit in den Hintergrund rücken, was für sich genommen für einen Rückgang sprechen würde. Andererseits steigen die Gewinneinkommen stärker als die Masseneinkommen. Dies spricht wiederum für einen Anstieg der Sparquote, da die Empfänger von Gewinneinkommen eine deutlich höhere Sparneigung aufweisen. Alles in allem werden die Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,5 % zunehmen, im Jahresverlauf nur mit 1,1 % (Abbildung 9, Tabelle 4).

Verhaltene Inflationsdynamik

Die Verbraucherpreise, die 2009 nur mit einer Rate von 0,4 % zunahmen und im Jahresverlauf teilweise rückläufig waren, haben im Laufe dieses Jahres etwas stärker zugenommen. Ausschlaggebend waren die Preissteigerungen im Bereich Energie und Nahrungsmittel. Während der Gesamtindex der Verbraucher-

preise seit Jahresbeginn zulegt und zuletzt mit einer Vorjahresrate von 1,5 % (November) gestiegen ist, bleiben die Kernraten deutlich niedriger. Ohne Nahrungsmittel und Energie nahmen die Verbraucherpreise nur um 0,9 % zu. Die Kernrate von Eurostat – der harmonisierte Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak – lag im Oktober mit 0,6 % unter dem Niveau zu Jahresbeginn (0,9 %). In Euro gerechnet liegt der Rohölpreis (Brent) in diesem Jahr um 34 % über dem Niveau von 2009, was sich im Verbraucherpreisindex insbesondere in den Preisen für Energie niederschlägt. Diese sind zuletzt mit einer Vorjahresrate von 5,0 % gestiegen, die Nahrungsmittelpreise haben sich um 3,3 % verteuert.

Diese bereits erfolgten Preissteigerungen werden sich auch noch in der Inflationsrate für das kommende Jahr niederschlagen. Hinzu kommen die Anfang 2011 bevorstehenden Strompreiserhöhungen. Zudem haben sich die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen etwas erhöht. Trotz eines Anstiegs der Lohnstückkosten von nur 0,6 % im kommenden Jahr wird die Inflationsrate 1,3 % betragen, nach 1,1 % in diesem Jahr.

Schwächerer Produktionsanstieg


Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Jahr 2010 im Jahresdurchschnitt um 3,7 % gestiegen sein, im Verlauf sogar um 4,2 %. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen kam es seit dem Jahresbeginn zu einer kräftigen Erholung der Produktion. Besonders stark ist der Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe ausgefallen. Spiegelbildlich zum dramatischen Einbruch im Vorjahr war dabei der Produktionsanstieg bei der stark exportorientierten Investitionsgüterindustrie außerordentlich hoch. Von dem vermehrten Lageraufbau profitierten insbesondere die Vorleistungsgüter. Auch die Produktion des Baugewerbes wurde, nach einem witterungsbedingten Rückgang im ersten Quartal, im weiteren Jahresverlauf deutlich ausgeweitet. Merklich dazu beigetragen haben die öffentlichen Bauinvestitionen, die infolge der Konjunkturprogramme beachtlich stiegen. Auch die Dienstleistungen verzeichneten eine Zunahme, wobei der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung besonders herausragte.

Die Konjunkturindikatoren weisen für den Jahresbeginn 2011 auf eine Verlangsamung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion hin, vor allem in der Industrie. Die Auftragseingänge stagnieren in der Tendenz. Für den weiteren Verlauf des Jahres zeichnet sich eine noch verhaltenere Entwicklung der Produktion ab. Sie wird infolge der schwächeren Dynamik der Weltkonjunktur, insbesondere im Euroraum, dem mit einem Anteil von mehr als 40 % nach wie vor wichtig-

Tabelle 5

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums in % bzw. Prozentpunkten			
	2009	2010	2011
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	-2,0	0,7	1,3
Jahresverlaufsrate ²	-2,0	4,2	1,7
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	-4,7	3,5	2,5
Kalendereffekt ³	-0,1	0,1	-0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	-4,7	3,7	2,5

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.
² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.
³ in % des BIP.
 Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.



sten Absatzmarkt für die deutschen Exporteure, spürbar nachlassen. Auch die Binnenwirtschaft wird nicht mehr die Dynamik des abgelaufenen Jahres aufweisen. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme werden entscheidende expansive Impulse wegfallen. Bei den Herstellern von Investitionsgütern dürfte es sogar aufgrund von Vorzieheffekten zum Jahresende 2010 infolge des Auslaufens der Abschreibungserleichterungen für bewegliche Anlagegüter aus dem Konjunkturpaket I zu einem zeitweiligen Rückgang zu Beginn des Jahres 2011 kommen. Dämpfend wirkt außerdem der Konsolidierungskurs der Finanzpolitik. Alles in allem wird es im Jahr 2011 nur noch zu einer moderaten Produktionsausweitung kommen; zum Jahresende wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,7 % über dem Niveau des Vorjahres liegen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Zunahme um 2,5 %. Damit erreicht die Produktion in der zweiten Jahreshälfte das Vorkrisenniveau (Abbildung 8, Tabelle 5, Tabelle 6).

Risikoszenarien:


Kurzfristig überwiegen Aufwärtsrisiken

Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 3,7 % expandieren. Die ersten drei Quartale basieren auf den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen. Nach einem verhaltenen An-

Tabelle 6

Wachstumsbeiträge der Verwendungs- aggregate ¹ in Deutschland in Prozentpunkten				
	2008	2009	2010	2011
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,7	2,5
Inlandsnachfrage	1,1	-1,8	2,7	1,9
Konsumausgaben	0,8	0,4	0,7	1,0
Private Haushalte	0,4	-0,1	0,3	0,8
Staat	0,4	0,5	0,4	0,2
Anlageinvestitionen	0,5	-1,9	1,3	0,8
Ausrüstungen	0,3	-1,8	0,8	0,5
Bauten	0,1	-0,1	0,4	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,2	-0,3	0,7	0,1
Außenbeitrag	-0,1	-2,9	1,0	0,5
Ausfuhr	1,2	-6,8	6,9	3,7
Einfuhr	-1,3	3,9	-5,9	-3,2

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK; ab 2010 Prognose des IMK.



stieg zu Jahresbeginn (0,6 % saisonbereinigt) nahm das BIP im zweiten Quartal mit 2,3 % besonders kräftig zu. Der Zuwachs im dritten Quartal verlief mit 0,7 % wieder in einer etwas ruhigeren Gangart. Diese Werte haben allerdings nur vorläufigen Charakter, da aufgrund von Nachmeldungen das Bundesamt erfahrungsgemäß mehrere Revisionen vornimmt. Da in der Vergangenheit infolge dieser Revisionen der ex-post-Zahlen die Prognosen teilweise stark beeinträchtigt wurden, soll nunmehr im Rahmen einer Alternativrechnung dieser Problematik Rechnung getragen werden. Einige Indikatoren, wie z. B. der unplausibel niedrige Anstieg der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde deuten nämlich auf ein möglicherweise stärkeres Wachstum des BIP hin als bislang erfasst. Im Folgenden wird eine technische Korrektur für das erste Quartal 2010 unterstellt. Statt der bislang ausgewiesenen 0,6 % wird eine deutlich höhere saisonbereinigte Wachstumsrate von 2,1 % unterstellt. Die verbleibenden drei Quartale bleiben unverändert. Als Konsequenz dieser Korrektur steigt die Jahresdurchschnittsrate des BIP für 2010 um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr 4,1%. Bei einem unveränderten Beschäftigungsniveau nimmt die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 0,4 Prozentpunkte zu und erreicht mit 1,4 % den langfristigen Durchschnitt.

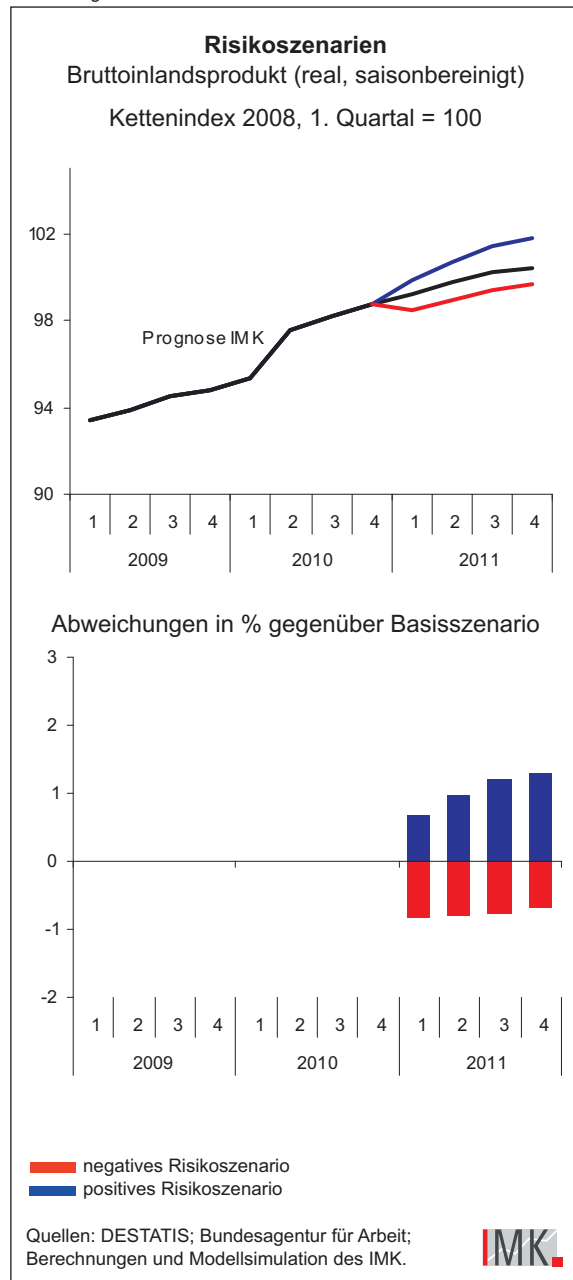
Neben den „ex-post-Risiken“, die die Unsicherheiten der partiell geschätzten Statistiken verdeutlichen sollen, berechnet das IMK mit Hilfe seines ökonomie-

trischen Konjunkturmodells wie üblich neben der Basisprognose, die es für die wahrscheinlichste hält, inhaltliche Risikoszenarien. Für das Jahr 2011 sind die Risiken derzeit asymmetrisch zu Gunsten von Aufwärtsrisiken verteilt. Die Wahrscheinlichkeit einer kräftigeren als der vorhergesagten Konjunkturdynamik wird als höher angesehen als die einer schwächeren.

Die kräftigere Entwicklung könnte sich als das Resultat einer lebhafteren Binnennachfrage als vorhergesagt ergeben. Dies kommt wiederum durch eine niedrigere Sparquote zustande, weil die privaten Haushalte im Vertrauen auf einen Aufschwung mit deutlich höheren Lohnzuwächsen und Einkommen rechnen. Daher wurde für dieses Szenario die Sparquote im Vergleich zur Basisprognose um 0,7 Prozentpunkte abgesenkt. Entsprechend steigern die privaten Haushalte ihren Konsum. Ähnliches gilt für die Unternehmen. Sie erhöhen im Vertrauen auf einen Aufschwung die Investitionen kräftiger als in der Basisprognose. Diese wurden um 2 Mrd. Euro pro Quartal ab Jahresbeginn 2011 heraufgesetzt. Geschähe dies, läge das BIP am Ende des Prognosezeitraums um 1,3 % über dem der Basisprognose. Im Jahresdurchschnitt 2011 würde die Wirtschaft anstatt um 2,5 % nun um 3,5 % wachsen. Wesentlich bedeutsamer wäre aber, dass unter diesen Umständen die deutsche Wirtschaft trotz der außenwirtschaftlichen Belastungen, die in diesem Szenario wie in der Basisprognose enthalten sind, 2012 in einen Aufschwung hineingleitet. Das zeigt, wie wichtig es ist, sowohl bei den privaten Haushalten als auch bei den Unternehmen nicht zuletzt durch kräftige Lohnsteigerungen und anregende gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen Vertrauen in die Aufwärtstendenz zu erzeugen.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass Abwärtsrisiken zum Tragen kommen. Sie dürften vor allem im europäischen Ausland liegen. Setzen sich die Turbulenzen im Euroraum ungebrochen fort und werden die Sparprogramme laufend verschärft, ist mit einer deutlich geringeren Exportdynamik zu rechnen als in der Basisprognose unterstellt. Grund für diese Dämpfung ist eine deutlich schwächere Nachfrage des Auslands nach deutschen Exportgütern, die technisch

Abbildung 10



wie folgt modelliert ist: Ab Jahresbeginn 2011 wurden im übrigen Euroraum die Investitionen um 4,5 % ge-

Konjunktur 2010 – Prognose und Wirklichkeit

Rückblickend auf das Jahr 2010 weist die konjunkturelle Erholung in Deutschland eine wesentlich höhere Dynamik auf als vom IMK im Dezember 2009 prognostiziert. Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde im Jahresdurchschnitt mit 2,0 % vorhergesagt (IMK 2009 Report 45). Tatsächlich dürfte das Wachstum des BIP 2010 aller Voraussicht nach 3,7 % betragen haben. Der Schätzfehler für die Wachstumsrate des BIP beträgt somit 1,7 Prozentpunkte. Zwar wurde die Erholung als solche identifiziert, allerdings wurde das Ausmaß deutlich unterschätzt (Tabelle 7).

Im Folgenden wird der Prognosefehler der Wachstumsrate für das BIP auf die Schätzfehler bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des BIP aufgeteilt: Die Exporttätigkeit ist deutlich stärker ausgefallen als erwartet. Ursächlich dafür war die – entgegen unserer Einschätzung – stärkere Aufhellung der außenwirtschaftlichen Bedingungen. Insbesondere verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sehr deutlich: So wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt entgegen unserer Annahme nicht um rund 7 % auf, sondern um 5 % ab. Hinzu kam, dass die konjunkturelle Dynamik bei vielen Handelspartnern kräftiger ausfiel als prognostiziert, mit entsprechenden zusätzlichen Impulsen für den deutschen Export. Die Importe stiegen sowohl infolge der lebhafteren Inlandsnachfrage als auch dynamische Ausfuhren stärker als angenommen. Insgesamt resultiert hieraus für den Außenbeitrag ein um 0,3 Prozentpunkte geringerer Wachstumsbeitrag gegenüber der Prognose von vor einem Jahr.

Die Erholung bei der Binnennachfrage insgesamt wurde sehr deutlich unterschätzt; ihr Wachstumsbeitrag wird wahrscheinlich 2,7 Prozentpunkte betragen. In der Prognose von vor einem Jahr wurde mit 0,7 Prozentpunkten gerechnet. Sowohl die privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen als auch die Vorratsveränderungen wurden gleichermaßen stark unterschätzt.


Der Prognosefehler bei den privaten Konsumausgaben beträgt 0,6 Prozentpunkte. Das IMK rechnete ursprünglich mit einem Rückgang um 0,5 %. Tatsächlich sind sie voraussichtlich aber um 0,5 % leicht gestiegen, was eine Abweichung beim Wachstumsbeitrag zum BIP von 0,6 Prozentpunkten ausmacht. Maßgeblich für die Unterschätzung war die besonders kräftige Zunahme der Beschäftigung. Vor einem Jahr ging das IMK von einem Rückgang der Beschäftigung von 0,9 % aus; tatsächlich stieg sie voraussichtlich um 0,5 %. Somit haben die verfügbaren Einkommen, bei nahezu richtig prognostizierten Effektivlöhnen, spürbar stärker angezogen als erwartet. Hinzu kam ein geringerer Anstieg der Sparquote als in der Prognose unterstellt. Der Prognosefehler beim Wachstumsbeitrag der Konsumausgaben des Staates beträgt dagegen nur 0,1 Prozentpunkte.

Die prognostizierte Erholung der Ausrüstungsinvestitionen wurde noch deutlich übertroffen. Die Veränderungsrate liegt mit 10,2 % 7,1 Prozentpunkte über dem Prognosewert vom Vorjahr; der Wachstumsbeitrag fiel 0,5 Prozentpunkte höher aus. Maßgeblich für diese Diskrepanz ist sowohl die günstigere Binnen-

Tabelle 7

Prognosevergleich Deutschland für 2010					
	IMK-Prognose für 2010 im Dezember 2009		IMK-Prognose für 2010 im Dezember 2010		Differenz der Wachstums- beiträge in %-Punkten
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstums- beiträge in %-Punkten	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstums- beiträge in %-Punkten	
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,0	3,7	3,7	1,7
Konsumausgaben	0,1	0,0	0,9	0,7	0,7
Private Haushalte	-0,5	-0,3	0,5	0,3	0,6
Staat	1,7	0,3	2,1	0,4	0,1
Anlageinvestitionen	3,0	0,6	6,9	1,3	0,7
Ausrüstungen	3,1	0,3	10,2	0,8	0,5
Bauten	2,4	0,2	4,2	0,4	0,2
Sonstige Anlagen	7,5	0,1	6,4	0,1	0,0
Vorratsveränderung	-	0,1	-	0,7	0,6
Außenbeitrag	-	1,3	-	1,0	-0,3
Ausfuhr	8,1	3,7	15,0	6,9	3,2
Einfuhr	5,6	-2,4	14,3	-5,9	-3,5

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK; Prognosen des IMK.



als auch Auslandsnachfrage. Die Bauinvestitionen sind um 1,8 % kräftiger gestiegen als die erwarteten 2,4 %; der Wachstumsbeitrag fiel damit um 0,2 Prozentpunkte höher aus. Zu dieser Entwicklung haben die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen maßgeblich beigetragen, aber auch die günstigere Beschäftigung und die niedrigeren Kapitalmarktzinsen dürften positiven Einfluss gehabt haben.

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ergab sich 2010 eine deutlich bessere Entwicklung als erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresdurchschnitt deutlich stärker zu als erwartet; die Differenz betrug 1,4 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenzahl ist im Jahresdurchschnitt um 360 000 Personen überschätzt worden. Deshalb fiel auch die prognostizierte Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte zu hoch aus.

genüber der Basissimulation (Status quo) gesenkt und im Vereinigten Königreich wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung um 2 % gegenüber dem Status quo reduziert. Um die Drittländer-Effekte abzubilden, wurde auch die Nachfrage aus dem Rest der Welt um 0,7 % gesenkt. Dies führt für die deutsche Wirtschaft zu Exportausfällen am Ende des Prognosezeitraums in Höhe von 2,3 %; im Jahresdurchschnitt läge die Wachstumsrate der gesamten Exporte preisbereinigt nur noch bei 5 %. Das BIP läge um 0,8 % unter seinem Basiswert am Ende des Prognosezeitraums; im Jahresdurchschnitt würde das Wachstum 1,7 % anstatt 2,5 % betragen. Aber auch in diesem Fall ist der konjunkturelle Verlauf das Entscheidende. Träten die Abwärtsrisiken ein, wäre 2012 eine markante Abschwächung, wenn nicht sogar eine Rezession zu erwarten. Dies zeigt, von welcher erheblicher Bedeutung die Stabilisierung des Euroraums für Deutschland ist (Abbildung 10).

Beschäftigung steigt weiter

Seit dem Frühjahr 2010 deutet sich zunehmend ein Aufschwung am Arbeitsmarkt an.³ Seit Jahresbeginn stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen bis Oktober um 340 000 Personen an, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis September sogar um 420 000 Personen. Während 2009 vor allem Teilzeitstellen entstanden und Vollzeitstellen abgebaut wurden, kommt es seit Anfang dieses Jahres auch zu einem Aufbau von Vollzeitstellen. Insbesondere im zweiten Quartal wurden deutliche Beschäftigungszuwächse verzeichnet. Aber auch in den Folgemonaten kam es zu einem kräftigen saisonbereinigten Anstieg der Erwerbstätigen um durchschnittlich 35 000 Personen pro Monat bzw. 40 000 Personen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für diese positive Entwicklung bei den Beschäftigten ist vermutlich auch der kräftige Anstieg der Leiharbeit verantwortlich. Laut Umfragen dürfte es im September gut 920 000 Leih-

³ Zu beachten ist, dass die Zahl der Erwerbstätigen und die der Beschäftigten für 2010 seit der IMK-Prognose vom Oktober vom Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit deutlich nach oben revidiert wurden.

arbeiter gegeben haben, nach 650 000 Ende 2009. Damit wurde der Vorkrisenhöchststand bereits überschritten.

Insgesamt kam es zuletzt in allen Wirtschaftsbereichen zu Zuwächsen. Nachdem die Erwerbstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal noch leicht gesunken war, wurden im dritten Quartal bereits deutliche Beschäftigungsgewinne verbucht. Damit stellt der von der Krise am schwersten getroffene Bereich bereits wieder Personal ein. Allerdings liegt die Beschäftigung noch deutlich unter Vorkrisenniveau.

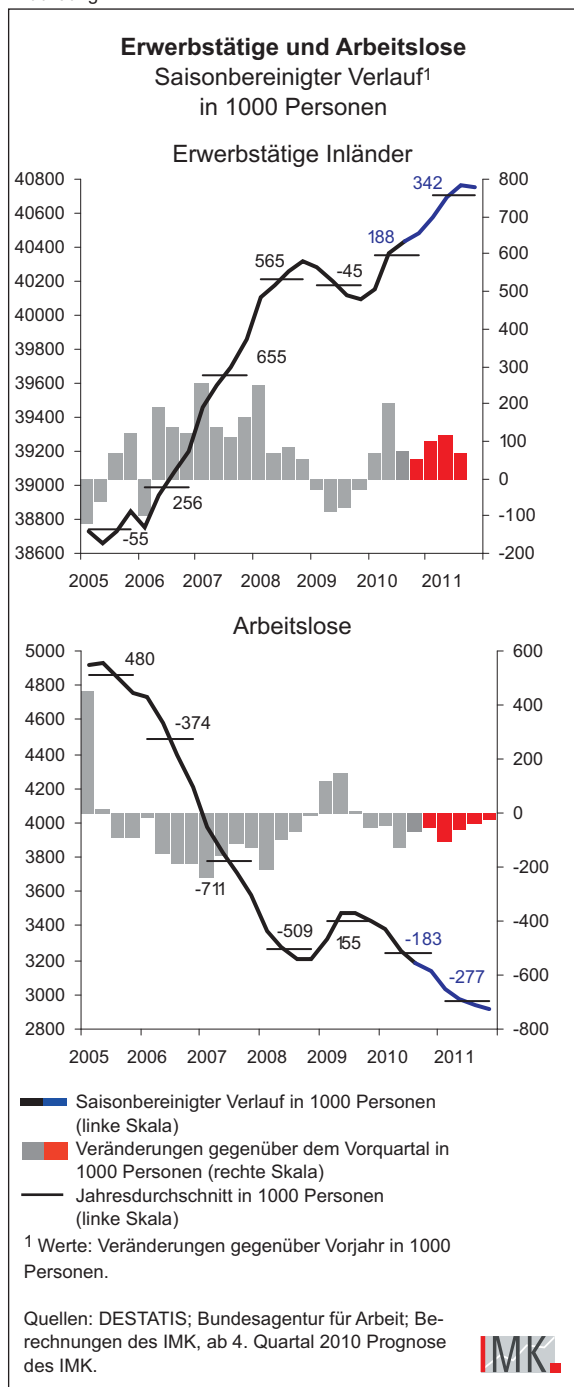
Auch die Arbeitslosigkeit ist seit Jahresbeginn kräftig gesunken, um 270 000 Personen bis November. Damit ging die Arbeitslosigkeit trotz prognostiziertem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 90 000 Personen (Fuchs et al. 2010) deutlich weniger stark zurück als Erwerbstätigkeit aufgebaut wurde. Grund hierfür ist vor allem die kräftige Ausweitung des Pendlersaldos. Hier macht sich die – im Vergleich zum europäischen Ausland – deutlich verbesserte Situation am deutschen Arbeitsmarkt bemerkbar.⁴ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im November bei 3,14 Millionen (saisonbereinigt), und damit 50 000 Personen unter dem Tiefststand von vor der Krise.⁵

Zudem wurde die Kurzarbeit in den letzten Monaten kräftig reduziert. Im September gab es noch ca. 220 000 Bezieher von konjunkturellem Kurzarbeitergeld, nach 870 000 zu Jahresanfang. Auch die steigende Zahl offener Stellen und die laut Umfragen weiter steigende Einstellungsbereitschaft der Unternehmen deuten eine weiterhin kräftige Entwicklung an.

⁴ Ab 2011 dürfte der Wegfall der Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit erhöhend auf den Pendlersaldo wirken.

⁵ Dabei ist zu beachten, dass von privaten Vermittlern betreute Erwerbslose nicht mehr als Arbeitslose registriert werden, was die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosen um über 200 000 Personen senkt. Umgekehrt werden durch das Auslaufen von §428 SGB III und §65 SGB II Personen, die früher vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch genommen hätten – und deshalb nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgeschieden sind –, nun als Arbeitslose gezählt, was die registrierte Arbeitslosigkeit statistisch erhöht (Bundesagentur für Arbeit 2010). Seit dem 1. Januar 2009 werden diese Personen aber teilweise über den §53a SGB II aufgefangen und scheinen damit weiterhin nicht als Arbeitslose auf. Insgesamt dürfte die ausgewiesene Arbeitslosigkeit um etwa 150 000 Personen niedriger sein als nach altem Rechtsstand.

Abbildung 11



Das geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen steigt seit dem ersten Halbjahr 2009 deutlich an und befindet sich mittlerweile auf Vorkrisenniveau, wobei auch die Arbeitszeit je Erwerbstätigen seit dem ersten Halbjahr 2009 deutlich zunimmt.

Für 2011 erwartet das IMK eine weiterhin positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, mit abflachender Dynamik gegen Ende des Prognosezeitraums auf-

Tabelle 8

Arbeitsmarktbilanz Jahresdurchschnitt in 1000 Personen				
	2008	2009	2010	2011
Erwerbstätige Inländer	40 216	40 171	40 358	40 700
Pendlersaldo	61	100	118	118
Erwerbstätige Inland	40 276	40 271	40 476	40 818
Arbeitnehmer	35 843	35 862	36 048	36 370
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	27 510	27 493	27 761	28 132
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ¹	240	267	243	216
Minijobs	4 865	4 906	4 867	4 846
Ein-Euro-Jobs ²	291	279	263	257
Selbständige	4 433	4 409	4 428	4 448
geförderte Selbständige ³	180	145	155	160
Arbeitslose ⁴	3 268	3 423	3 240	2 963
Arbeitslosenquote BA ⁵	7,8	8,2	7,7	7,0
Erwerbslose ⁶	3 141	3 227	2 976	2 682
Erwerbslosenquote ⁷	7,2	7,4	6,8	6,2
Konjunkturelle Kurzarbeit	58	1 078	421	55

¹ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Struktur Anpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten bei Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifikationszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere.

² Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung.

³ Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld.

⁴ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

⁵ In % der zivilen Erwerbspersonen.

⁶ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

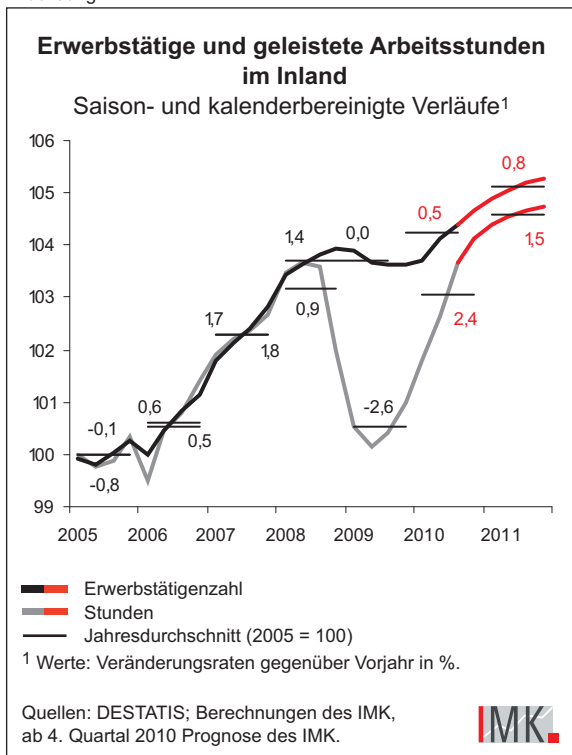
⁷ In % der inländischen Erwerbspersonen.

Quellen: DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.



grund der nachlassenden Konjunktur. Die Erwerbstätigkeit im Inland dürfte um 340 000 Personen im Jahresdurchschnitt zunehmen, nach 205 000 Personen im Vorjahr. Im Verlauf 2011 sind dies aber nur 220 000 Personen (Abbildung 11, Tabelle 8). Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 2,96 Millionen betragen, nach 3,24 Millionen 2010. Die Arbeitslosenquote beträgt damit 7,0 % 2011, nach 7,7 % 2010. Das Arbeitsvolumen dürfte dieses Jahr um 2,4 % und 2011 um 1,5 % steigen (Abbildung 12). Das Wachstum der Stundenproduktivität ist folglich mit 1,0 % in diesem und 1,2 % im nächsten Jahr im historischen Vergleich weiter niedrig.

Abbildung 12

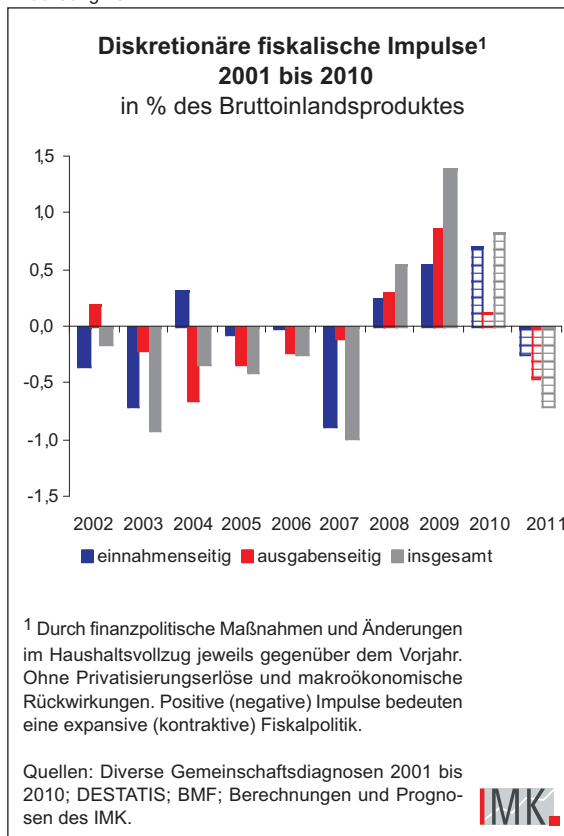


Öffentliche Finanzen in der Erholungsphase

Erhebliche fiskalpolitische Restriktion im Jahr 2011

In diesem Jahr setzte die Finanzpolitik ihren im Vorjahr verstärkten expansiven Kurs – wenn auch spürbar abgeschwächt – noch fort. Im nächsten Jahr wird sie dagegen auf einen kräftigen Restriktionskurs umschwenken. Der diskretionäre Impuls wird in diesem Jahr insgesamt 20,5 Mrd. Euro (0,8 % des BIP), im nächsten Jahr dann -18,4 Mrd. Euro (-0,7 % des BIP) betragen (Tabelle 10 und Abbil-

Abbildung 13



dung 13).

Maßgeblich für die Konjunktur stützende Ausrichtung in diesem Jahr ist die Fortdauer, zum Teil sogar noch das Aufwachsen, von Maßnahmen aus den beiden Konjunkturpaketen sowie vor allem die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes. Hinzu kommen die steuerlichen Impulse aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Verantwortlich für den kräftigen restriktiven Impuls im nächsten Jahr sind zunächst das Auslaufen temporärer Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen, die Anhe-

Tabelle 9

Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo und Bruttoschuldenstand 2003 bis 2011									
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Haushaltssaldo in Mrd. Euro	-87,3	-83,5	-74,2	-37,1	6,3	2,8	-72,7	-86,2	-60,5
in % des BIP	-4,0	-3,8	-3,3	-1,6	0,3	0,1	-3,0	-3,4	-2,3
Bruttoschuldenstand in % des BIP ¹	63,8	65,6	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4	73,8	73,8

¹ 2010 und 2011: ohne Berücksichtigung der Gründung einer Abwicklungsgesellschaft bei der Hypo-Real-Estate und der Rettungsmaßnahmen im Rahmen der griechischen und der irischen Schuldenkrise.

Quellen: DESTATIS; BMF; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognosen des IMK.

Tabelle 10

Fiskalische Impulse durch diskretionäre Maßnahmen 2010 und 2011 gegenüber 2009 in Mrd. Euro ¹		
	2010	2011
Summe große Koalition und frühere Regierungen	15,0	10,3
Konjunkturpaket I	3,5	2,5
Erhöhung und Unterstützung von Investitionen	0,1	-0,7
Steuerliche Entlastungen für private Haushalte	0,7	1,1
Steuerliche Entlastungen für Unternehmen	2,5	2,2
Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit	0,2	-0,1
Konjunkturpaket II	5,2	1,8
Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	5,0	3,0
Innovationsförderung des Bundes (ZIM)	0,0	0,1
Umweltpremie (Abwrackprämie)	-3,4	-4,2
Neuregelung Kfz-Steuer	0,1	0,1
Förderung Forschung Mobilität	0,0	0,1
Beschäftigungssicherung	0,0	-1,3
Senkung der Einkommensteuer	2,5	2,8
Senkung der Beiträge zur GKV	2,7	3,0
Familien/kinderbezogene Leistungen	-1,7	-1,7
Weitere Maßnahmen im Kontext der Konjunkturpakete	4,8	5,8
Pendlerpauschale	-2,3	-2,9
Bürgerentlastungsgesetz	7,1	8,7
Sonstige Maßnahmen²	1,5	0,2
Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung	5,6	-8,2
Wachstumsbeschleunigungsgesetz	6,1	8,2
Entlastungen für Unternehmen	0,7	2,3
Erhöhung des Kindergeldes/der Kinderfreibeträge	4,3	4,5
Entlastungen bei der Erbschaftsteuer	0,2	0,5
Senkung Umsatzsteuer Hotelgewerbe	0,8	1,0
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	-	-10,2
Luftverkehrsabgabe	-	-1,0
Brennelementsteuer	-	-2,3
Erhöhung Tabaksteuer/Abbau von Energiesteuervergünstigungen	-	-1,3
Änderung der Insolvenzordnung	-	-0,3
Bahndividende	-	-0,5
Kürzung beim Elterngeld	-	-0,7
Wegfall des befristeten Übergangszuschlags ALG II	-	-0,2
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	-	-0,1
Änderungen bei SGB I und II	-	-2,0
Kürzungen bei disponiblen Ausgaben	-	-1,0
Kürzung bei Verwaltungsausgaben	-	-0,7
Verschiebung Stadtschloss Berlin	-	-0,1
Sonstige Maßnahmen	-0,5	-6,2
Erhöhung ALG II + Kinderförderung	-	1,1
Zusatzbeiträge bei gesetzlichen Krankenkassen	-0,6	0,0
Anhebung des Beitragssatzes bei der GKV	-	-5,3
Einsparungen im Gesundheitswesen	-	-3,0
Bafög-Erhöhung	0,1	1,0
insgesamt	20,5	2,1
in % des BIP	0,8	0,1

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.
² Darunter: Abschaffung der Eigenheimzulage, Erhöhung des Beitragssatzes zur ALV, Eingriffe in die Rentenformel, Ausweitung von Sozialtransfers.
Quellen: BMF; Schätzungen des IMK.

bung der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und der Arbeitslosenversicherung sowie die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen. Der stärkste negative Impuls resultiert allerdings aus den Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes, dem so genannten Zukunftspaket, das dem Bund die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse im Übergangszeitraum bis 2016 ermöglichen soll.

Zu den Auswirkungen der diskretionären Maßnahmen kommen diejenigen der automatischen Stabilisatoren hinzu. Aufgrund der unerwartet starken Erholung der deutschen Wirtschaft stellt sich auch die Lage der öffentlichen Haushalte sehr viel besser dar, als noch vor einiger Zeit erwartet. So wird der gesamtstaatliche Haushalt nach einem Defizit von 72,9 Mrd. Euro (3,0 % des BIP) im Vorjahr in diesem Jahr ein Minus von 86,2 Mrd. Euro (3,4 % des BIP) aufweisen. Das sind fast 2 Prozentpunkte weniger, als noch vor einem Jahr prognostiziert wurde. Im nächsten Jahr wird mit einem Defizit von 60,5 Mrd. Euro (2,3 % des BIP) die Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes klar eingehalten. Der Brutto-Schuldenstand der öffentlichen Haushalte dürfte gegenüber dem Vorjahreswert von 73,4 % des BIP in diesem Jahr leicht auf 73,8 % steigen und dort auch im nächsten Jahr verharren (Tabelle 9). Dabei ist die Gründung einer Abwicklungsgesellschaft bei der Hypo-Real-Estate ebensowenig berücksichtigt wie die Rettungsmaßnahmen im Rahmen der griechischen und der irischen Schuldenkrise. Müssten sie aufgrund einer endgültigen Entscheidung von Eurostat berücksichtigt werden, würde dies die Quote voraussichtlich um über 9 % des BIP erhöhen.

Zwei Jahre Erholung – und dann?

Vorläufig ist alles gut. Die Produktionsverluste, die durch die Krise entstanden sind, dürften im Laufe des kommenden Jahres bereits ausgeglichen werden. Auf dem Arbeitsmarkt sind die Folgen der Krise dank der massiven Stabilisierung bereits derzeit überwunden. Damit erscheint die konjunkturelle Lage auf den ersten Blick rosig; mancherorts wird gar schon ein Aufschwung gefeiert. Doch überdecken die günstigen aktuellen Zahlen die unterschwellig, teilweise massiven Gefahren für einen Aufschwung. Diese liegen im Kern im derzeit instabilen Euroraum. Unklare wirtschaftspolitische Linien in Kombination mit radikaler Austeritätspolitik belasten die Konjunktur in vielen Mitgliedstaaten massiv. Die Wirtschaft im Euroraum wächst nur schwach und ist ohne Deutschland nicht weit von einer Stagnation entfernt.

Es wäre eine Illusion zu glauben, Deutschland könne sich auf Dauer von dieser abkoppeln. Daher ist davon auszugehen, dass die kräftige Erholung noch einige Monate anhält und dann auf einen merklich flacheren Pfad einschwenkt. Ob dann eine Dauerstagnation etwa gar eine weitere Rezession folgt, also ein gleichsam japanisches Szenario, oder sich ein Aufschwung herausbildet, hängt in sehr starkem Ausmaß von der Wirtschaftspolitik und ihrer vertrauensbildenden Wirkung ab. Versagt sie in dieser schwierigen Situation, dann waren es zwei gute Jahre, aber auch nicht mehr.

Literatur

Bundesagentur für Arbeit (2010): Monatsbericht November 2010.

Fuchs, J./Hummel, M./Klinger, S./Spitznagel, E./Wanger, S./Zika, G. (2010): Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an – Prognose 2010/2011, IAB-Kurzbericht 18.

Herzog-Stein, A./Lindner, F./Sturm, S./van Treeck, T. (2010): Vom Krisenherd zum Wunderwerk? Der deutsche Arbeitsmarkt im Wandel, IMK Report Nr. 56.

Horn, Gustav A./Niechoj, Torsten/Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010): Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt, IMK Report Nr. 51.

IMF (2010): Recovery, Risk and Rebalancing, World Economic Outlook, International Monetary Fund, Oktober, Washington.

IMK Arbeitskreis Konjunktur (2009): Wirtschaftspolitik belebt Konjunktur. IMK-Prognose der wirtschaftlichen Lage 2010, IMK Report Nr. 45.

Joebges, H./Lindner, F./Niechoj, T. (2010): Mit dem Export aus der Krise? Deutschland im Euroraumvergleich, IMK Report Nr. 53.

JNBER (2010): Announcement of June 2009 business cycle trough end of last recession. Memo, 20. September 20. National Bureau of Economic Research, Cambridge (Mass.).

Stephan, S./Redle, L. (2010): Going East. Deutschland setzt auf Handel mit China und den Ländern Mittel- und Osteuropas. IMK Report Nr. 54.

**Abgeschlossen am:
10. Dezember 2010**

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.